

# Politische Berichte

---

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



*Besorgniserregende Zunahme rechtsextremer und neonazistischer Gewalt*

S. 3



*Kosovo: Die NATO fährt weiter auf Kuschelkurs mit der UCK*

S. 6



*Christopher Street Day: Die CSU hetzt*

S. 12



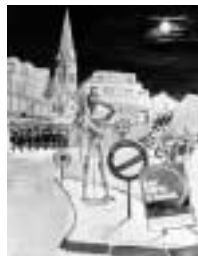
*Vor der Hauptverwaltung in Mannheim: Süd-Zucker-Beschäftigte protestieren*

S. 15



*Besonderheiten aus dem Wirtschaft- und Steuerwesen des alten Griechenland*

S. 18



*Elmshorn, Ausstellung: Zwischen kritischem (Sur)realismus und politischer Satire*

S.22•



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft:** Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

**Auslandsberichterstattung:** Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/ 62 47 01, Fax: 0711 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

**Name:** .....

**Straße:** .....

**Postleitzahl/Ort:** .....

**Kto-Nr.:** .....

**BLZ:** .....

**Bank:** .....

**Unterschrift:** .....

**Einsenden an:** GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL IN BERLIN

**SONDERTARIFE ADE.** Die Telekom kürzt ihre Telefon-Sondertarife für „Sozialbedürftige“: Diese erhielten bisher auf den Monatsgrundpreis von 24,92 DM eine Ermäßigung bis zu 19,78 DM. Zukünftig müssen sie den Regeltarif entrichten, erhalten dafür ein Gesprächsguthaben von 17,05 DM. Der VdK kritisiert, dass die betroffene Bevölkerungsgruppe dieses Guthaben kaum nutzen wird, da sie zu den „Wenigtelefonierern“ gehöre und das Telefon v.a. nutze, um sich anrufen zu lassen.

**OSTKOLONISATION.** Die PDS-Abgeordneten in den Petitionsausschüssen in Bund und Ländern fordern, die entschädigungslose Enteignung von Bodenreformland endlich zu stoppen: (...) Bodenreformland war in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR einzelnen Bauern übertragen worden. Das Eigentum war vererblich, unterlag aber staatlichen Beschränkungen. Diese Beschränkungen wurden durch Gesetz der Volkskammer der DDR vom 6. März 1990 aufgehoben. Seit dem 3. Oktober 1990 genossen die Eigentümer den Eigentumsschutz des Grundgesetzes. Durch das 2. Vermögensrechtsänderungsgesetz vom 22. Juli 1992 wurden dann Erben der Eigentümer von Bodenreformgrundstücken vielfach verpflichtet, ihr Eigentum unentgeltlich an den Fiskus des jeweiligen Bundeslandes zu übertragen, wenn bei Einhaltung der vor 1990 geltenden nunmehr „pauschaliert nachgezeichneten“ Bestimmungen des DDR-Bodenreformrechts die Grundstücke an den damaligen staatlichen „Bodereformfonds“ hätte zurückgeführt werden müssen. Haben die Erben das Land inzwischen verkauft, müssen sie den erzielten Erlös an den Fiskus zahlen. Das ist eine der makabersten Blüten der Vereinigung: Individuelles Eigentum wird Privaten entschädigungslos entzogen und dem Staat übertragen. Noch in der DDR vorgenommene Korrekturen des Bodenrechts werden zurückgenommen, um nachträglich dem DDR-Recht Geltung zu verschaffen. Das ist absurd. Und das war und ist ein eindeutiger Verstoß gegen Artikel 14 des Grundgesetzes. - Besonders hart sind diejenigen Erben von Bodenreformland betroffen, die vom Verkaufserlös die Kosten für die Sanierung oder Renovierung ihrer Wohnhäuser bestritten. Sie laufen jetzt Gefahr, ihre Häuser verkaufen zu müssen, um die Ansprüche des Fiskus befriedigen zu können. Im Ergebnis verlieren sie nicht nur das Bodenreformland, sondern auch noch das Dach über dem Kopf. - Das Vermögensrechtsänderungsgesetz von 1992 und die zu ihm erfolgte Rechtsprechung waren in Unkenntnis der Rechtslage in der DDR davon ausgegangen, dass Bodenreformland nicht vererblich war. Der Bundesgerichtshof hat seinen Irrtum inzwischen eingestanden, daraus aber keine Konsequenz gezogen. Demgegenüber hat das Landgericht Leipzig in einer mutigen Entscheidung der verfassungswidrigen,

weil entschädigungslosen Enteignung eine Absage erteilt. Weitere Gerichtsentscheidungen stehen noch aus. Inzwischen wenden sich immer mehr Menschen an die Petitionsausschüsse der neuen Länder und des Bundes. Es muss dringend Abhilfe geschaffen werden!

**ERBÄRMLICHES GEFEILSCHE.** Zur Unterzeichnung der Abkommen zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern und den Forderungen der Stiftungsinitiative der Industrie, öffentliche Unternehmen sollten zum den von der Wirtschaft zugesagten Beitrag zur Entschädigungsregelung beitragen, erklärt die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke: „Das unwürdige Feilschen der Industrie muss endlich aufhören. Die öffentliche Hand zahlt ohnehin faktisch drei Viertel der gesamten Entschädigung ... Der Versuch der Wirtschaftsverbände, durch Beiträge von öffentlichen Unternehmen den eigenen Beitrag zu der Entschädigungsregelung noch einmal zu senken, fällt auf diese selbst zurück. Offensichtlich wollen die Verbandsvertreter der Wirtschaft noch immer nicht akzeptieren, welche historische Schuld die deutsche Wirtschaft mit der Ausbeutung von Millionen Zwangsarbeiterinnen auf sich geladen hat. Da verwundert es nicht, wenn die schon vor Monaten zugesagten 5 Milliarden der Industrie bis heute nicht zusammen sind. Ich appelliere an die Verbände der NS-Opfer, an die Gewerkschaften, an die Regierungen Osteuropas ... den Druck auf die Industrie zu erhöhen. Jetzt müssen die Archive der Industrie geöffnet werden, damit die NS-ZwangsarbeiterInnen ihre Entschädigung erhalten können. Ich empfehle allen Interessierten, die Anhänge der heute im Auswärtigen Amt unterzeichneten Abkommen zu studieren. Darin findet sich auch eine Übersicht über die in den USA eingereichten Klagen von NS-Opfern ... Diese Anhänge lesen sich wie ein *Who is Who* der deutschen Wirtschaft.

**KLAGEANDROHUNG:** Die EU-Kommission hat der BRD mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gedroht. Aufgrund von 70 Petitionen, überwiegend gegen Entscheidungen der baden-württemberg. Verwaltungsbehörden, wurde die Kommission darauf aufmerksam, dass die BRD bei der Ausweisung von EU-Bürgern gegen EU-Recht verstößt. So würde sie bei Ausweisung von straffällig gewordenen EU-Bürgern lediglich die begangenen Straftaten benennen, jedoch weder das persönliche Verhalten des Betroffenen noch dessen Entwicklung prüfen. Auch der übliche lapidare Hinweis auf „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ entspreche nicht den Kriterien des EuGH, nach denen einen „schwere Gefährdung“ vorliegen müsse, die „ein Grundinteresse der Gesellschaft berühre“. So verletzen viele Ausweisungsverfügungen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und den Schutz der Familie. Es würden sogar in der BRD geborene EU-Bürger ausgewiesen.

# Besorgniserregende Zunahme rechtsextremer und neonazistischer Gewalt

Die rechtsextreme und neonazistische Gewalt in der Bundesrepublik, die Ende der 80er-Jahre einen Höhepunkt erreichte, hat niemals aufgehört und nimmt seit den letzten Jahren immer weiter zu. Seit einigen Jahren verüben Neonazis Überfälle auf Menschen, die aufgrund äußerer Merkmale als Fremde ausgemacht werden bzw. in der Gesellschaft ausgegrenzt werden. Dabei ist es aber bei weitem nicht geblieben. Systematisch wurden in den neuen Bundesländern sogenannte befreite Zonen aufgebaut, d.h. hier geben Neonazis zumeist aus jugendlichen Zusammenhängen den politischen Ton auf der Straße an. Bedrohungen und Überfälle sind an der Tagesordnung. Einen Moment sah es danach aus, dass diese rechte Gewalt auch die Parteibildung der verschiedenen rechtsextremen Parteien vorantreiben würde und massenhaft in die Parlamente spülen würde. Dies trat nach einzelnen Erfolge dann doch nicht ein.

Die rechte Gewalt blieb aber und steigerte sich weiter. Brandanschläge auf Synagogen werden verübt und Gedenkstätten geschändet. In letzter Zeit werden auch immer wieder Waffenfunde in

großem Umfang sichergestellt. Sogenannte „Todeslisten“ mit Namen und Adressen von 2000 „Volksfeinden“ kursieren, darunter sind allein 40 Bundestagsabgeordnete, Journalisten und Schriftsteller. Im Internet gibt es inzwischen 350 Homepages mit neofaschistischen Inhalten und Aussagen. Via Internet werden nicht nur rechtsradikale Aufmärsche gesteuert, sondern Morddrohungen verkündet und Anschläge vorausgesagt.

Am 1. Mai demonstrierten 150 NPD-Anhänger in Ludwigshafen. Wenige Stunden zuvor wurde ein Brandanschlag auf ein links orientiertes Jugendzentrum in Mannheim verübt. Dieser Anschlag wurde vorher im Internet angekündigt: „Ich und meine Kameraden planen im Raum Mannheim/Heidelberg eine großangelegte Säuberungsaktion. Wir wollen unsere Heimat wenigstens von einigen dieser Zecken befreien.“<sup>1</sup>

Die Innenbehörden selber werden nervös, weil immer offensichtlicher wird, wie wenig ihre Beschönigung rechtsextremer Gewalt und die Gleichsetzung von Rechts und Links stimmen. Der Berliner Innensenator Wertebach beziffert

die Zahl der „rechtsextremen Gewalttäter“ alleine in Berlin auf 740 Personen, von 2 785 Personen, die dort zum „aktiven Neonazispektrum“ gezählt werden, berichtet die „junge Welt“.<sup>2</sup>

## Die Rolle der NPD

Insbesondere die NPD sammelt in den letzten Monaten immer mehr junge Gewalttäter um sich. Dabei schlägt sie seit zwei, drei Jahren eine Provokationsstrategie ein, die sie mit den Aufmärschen gegen die Wehrmachtsausstellung begonnen hatte. Nachdem NPD-Leute bei den „befreiten Zonen“ in den neuen Bundesländern eine führende Rolle spielen, versuchen sie jetzt mit symbolischen Gewalttaten in den alten Bundesländern Zeichen zu setzen. Dies scheint einer der Hintergründe für den Überfall auf eine antifaschistische Gedenkveranstaltung in Wuppertal zu sein. Zahlreiche NPD-Mitglieder wurden verhaftet, darunter auch ein NPD-Ratsmitglied aus Schwelm. „Es stellt eine neue Qualität der Bedrohung dar, wenn praktisch unter den Augen der Polizei eine organisierte, bewaffnete Nazigruppe einen Überfall auf eine Gedenkveranstaltung durchführt, bei der auch ältere Menschen und Kinder anwesend sind,“ erklärte die VVN-BdA (siehe nachfolgenden Artikel).

Die NPD übernimmt immer mehr die Rolle eines Koordinators in Sachen rechtsextremer Gewalt. Über ein Verbot müsste ernsthaft diskutiert werden.

## Rechtsextreme und das staatliche Feindbild

Ein Verbot alleine wird das Problem nicht einfach lösen, weil der Staat selber gewalttätig ist und die rechtsextremen Organisationen in ihrer Gewaltbereitschaft beflügelt. Aktuell findet die Verstärkung staatlicher Gewalt nicht nur in der Ausländerpolitik statt, sondern auf kommunaler Ebene z.B. mit der Ausgrenzung von Obdachlosen über die örtlichen Straßenordnungen.

Die Ausfälle des Bischof Dyba über die „importierten Lustknaben“ und die CSU-Diskussion über Unterschriftensammlungen bestärken die NPD kurzfristig darin, zu einer Demonstration gegen „die Homoehe“ für den 29. Juli nach Stuttgart aufzurufen.

Der Staat und staatstragende Institutionen schaffen nicht nur immer neue Feindbilder im Inneren, sondern mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien auch wieder nach außen. Es gibt in der bundesdeutschen Balkanpolitik wieder die Kategorien des „Deutschfreundlichen“



Am 8. Juli verhinderten Anwohner und Gegendemonstranten eine NPD-Demonstration in Hamburg-Altona. Gerade in Vierteln wie Altona mit hohem Anteil ausländischer Bevölkerung trat der aggressive Charakter der NPD-Propaganda offen zutage. Der Antirassismus der Linken konnte sich auf die alltäglichen Erfahrungen vieler stützen: Die Nazis greifen an, die Linke verteidigt das solidarische Zusammenleben und die Vielfalt der Lebensweisen – das war eine der Bedingungen für den Erfolg.

und des „Deutschfeindlichen“. Die deutsche Kriegsführung war für die Rechtsextremen ein Kristallisationspunkt, nicht nur dafür, ihre Aktivitäten in der Bundeswehr zu steigern, sondern überhaupt durch das mächtige Vorbild Staat darin bestätigt zu werden, Politik nach dem Freund-Feind-Gegensatz und gewaltförmig zu betreiben. Und dazu kommt, dass die deutsche Außenpolitik nicht nur gewalttätig ist, sondern keinerlei Friedensperspektive für den Balkan beinhaltet, dass im Gegenteil die Bundeswehr zu einer hochtechnisierten Eingreiftruppe für deutsche Interesse umgebaut wird. Dies schafft langfristige Arbeitsplätze für Berufe mit hohem Gewaltpotential.

In diesem Sinne ist die rechte Gewalt Indikator zunehmender Gewaltförmigkeit deutscher Innen- und Außenpolitik. Jugendliche werden darin bestätigt, dass die Gesellschaft zur Durchsetzung deutscher Interessen irgendwie mehr Gewalt einsetzen muss.

Darüber muss in der Öffentlichkeit diskutiert werden, wenn über rechtsextreme Gewalt gesprochen wird. Zu Recht verwies der PDS-Vorsitzender Lothar Bisky in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung darauf<sup>3</sup>, dass „die Skins von braven Bürgern unterstützt“ werden und dass die PDS sich mehr engagiere müsse. Das alleine reicht aber nicht aus. Antifaschismus und Kampf gegen den Krieg gehören ganz eng zusammen, in der Geschichte und heute.

Jörg Detjen

Quellen:

1) Kölner Stadt-Anzeiger, 18.7.00, 2) Junge Welt, 2.3.00, 3) Süddeutsche Zeitung, 11.7.00

**Überfall auf antifaschistische Gedenkveranstaltung in Wuppertal – 500 protestierten am 12. Juli**

## NPD-Ratsmitglied verhaftet!

Wuppertal. Am 9.7. hielten AntifaschistInnen eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal zum KZ Kemna in Wuppertal ab, ca. 15 Personen, darunter auch ehem. WiderstandskämpferInnen. In der Nacht zum 4.7.00 war das Mahnmal von Neonazis mit Hakenkreuzen, SS-Runen, sowie dem Spruch „Wir kommen wieder“ besprüht worden. Kränze, die kurz zuvor von der VVN-BdA niedergelegt worden waren, wurden in einen nahegelegenen Bach geworfen. Vor einigen Monaten erst hatten unbekannte Täter einen Finger der zum Mahnmal gehörenden Bronzehand abgesägt.

Kurz vor Ende der Veranstaltung griffen ca. 10 bis 15 verummte Neonazis die Teilnehmer mit Steinen, Knüppeln und Reizgas aus einem angrenzenden Waldstück heraus an und gingen mit äußerster

Brutalität vor. Dabei wurden zwei Personen verletzt. Die Polizei griff – obwohl mit 2 Einsatzwagen vor Ort – erst ein, als die Angreifer flüchteten. Durch den beherzten Einsatz eines ehemaligen Widerstandskämpfers konnte einer der Nazis dingfest gemacht werden. Vier weitere Täter wurden im Nachhinein im umliegenden Waldstück gefasst, ihre Autos wurden sichergestellt, sowie Waffen wie Schlagringe und Totschläger. Bei zweien fand die Polizei bei Hausdurchsuchungen Mitgliedsausweise der NPD, Hakenkreuz-Fahnen und diverse weitere Waffen.

„Es stellt eine neue Qualität der Bedrohung dar, wenn praktisch unter den Augen der Polizei eine organisierte, bewaffnete Nazigruppe einen Überfall auf eine Gedenkveranstaltung durchführt, bei der auch ältere Menschen und Kinder anwesend sind,“ stellte Heinz Wohler von der VVN-BdA in seinem Redebeitrag auf der Kundgebung fest. „Damit sind die Verharmlosungstendenzen von der Einzeltäterschaft derartiger Aktivitäten widerlegt. Wer organisiert als Terrorgruppe auftritt, der erfüllt nicht nur den Tatbestand des schweren Landfriedensbruchs, sondern auch den der Bildung einer polit-kriminellen Vereinigung, gegen die dann auch entsprechend vorgegangen werden muss.“

Inzwischen wurden vier weitere beteiligte Neonazis festgenommen. Einer von ihnen ist Thorsten Krämer, für die NPD im Rat der Stadt Schwelm. Thorsten Krämer ist Landesvorstandsmitglied der NPD in NRW und Bundesvorstandsmitglied der JN sowie aktiv im „Deutschen Kulturwerk“, das auch vom Verfassungsschutz als rechtsextreme Organisation eingestuft wird.

„Entgegen den Behauptungen der Polizei, es gäbe keine organisierten Nazi-Strukturen in Wuppertal“, so die Antifaschistische Aktion Wuppertal, „möchten wir darauf hinweisen, dass es in Wuppertal viele, seit Jahren auch der Polizei bekannte Rechtsextremisten gibt. Der NRW Landesvorsitzende und stellv. Landesschatzmeister der JN Andreas Weber kommt aus Wuppertal, Patrick Plewe, Kandidat der NPD auf der Liste zur Kommunalwahl, und Dieter Koch, der für die NPD im Kreistag Ennepe Ruhr sitzt, kommen ebenfalls aus Wuppertal. Koch hat jahrelang in Sprockhövel einen rechtsextremen Musikversand betrieben und ist wegen Volksverhetzung vorbestraft.“

Der Angriff auf die Teilnehmer der Gedenkveranstaltung war keine spontane Aktion. Es gab dazu bereits erste Hinweise im Internet: Eine Kameradschaft Wuppertal kündigte am 11.6.2000 auf der Homepage des „Nationalen Beobachters“ an: „... Man sollte mal ein paar Rote um die Ecke bringen...“

Quellen:

(Mitteldeutsche Zeitung, 15.6.00), nach Presseberichten u. -mitteilungen von VVN-BdA u. Antifasch. Aktion Wuppertal - u.b., aus: Antifaschistische Nachrichten Nr. 15

EU-Ostsee-Großraumbildung

## Bundesregierung will Tempo

Seit dem 1. Juli stellt die Bundesregierung für ein Jahr erstmalig seit seiner Gründung den Vorsitz des Ostseerates. Für die Bundestagssitzung Ende Juni lagen Anträge der Regierungskoalition als auch der CDU/CSU- sowie der FDP-Fraktion vor. Während der Koalitionsantrag beschlossen wurde, wurde der Antrag der Opposition in die Ausschüsse verwiesen. Damit wird die Bundesregierung in ihrer Amtszeit die „Weiterentwicklung des Ostseeraumes zu einer europäischen Großregion vorantreiben und darauf achten, dass der Ostseerat sich auf diese Kernaufgabe konzentriert“.

Offensichtlich soll hier aufs Tempo gedrückt werden. Denn, so schreibt Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Simonis in ihrem vorab veröffentlichten Redebeitrag vor dem Bundestag, es wäre politisch besonders bedeutsam, dass im Juli kommenden Jahres der Ostseevorsitz von Deutschland an Russland weitergereicht werden wird. Einzig die Ostseeregion verfüge über eine 1300 Kilometer lange gemeinsame EU-Grenze mit Russland. Kaliningrad werde dann eine Enklave innerhalb der Europäischen Union sein. Mit nach ihrer Ansicht erheblichen Problemen für die dort lebenden Menschen. Die Bundesregierung ist nun beauftragt, „die Region Kaliningrad weitgehend in die Ostseezusammenarbeit zu integrieren. Die sozialen und infrastrukturellen Probleme Kaliningrads würden bei einer drohenden Isolation dieser russischen Exklave auf lange Sicht die Zusammenarbeit in der südöstlichen Ostseeregion beeinträchtigen.“

Der deutsche Vorsitz soll auch genutzt werden, „den Minderheitenschutz in der Ostseezusammenarbeit auf Grundlage des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarates zu gewährleisten.“ Gegenüber diesen verhaltenen Drohungen, die Region Kaliningrad als EU-Territorium zu beanspruchen, locken jetzt Gelder aus Brüssel: Anfang Juli teilte Simonis mit, dass die Europäische Union 180 Mio. DM Fördergelder bis zum Jahre 2006 für den Ostseeraum zur Verfügung stellen wird. Gefördert werden sollen unter anderem die Ausarbeitung von transnationalen Raumentwicklungsstrategien, umweltverträgliche Verkehrsnetze, ein verbesserter Zugang zu Informationstechniken, und – was womöglich Kaliningrad betrifft – die Integration von Küsten- und Inselregionen.

Nicht zuletzt soll dieser Teil Russlands auch durch die „Herausbildung einer regionalen Identität“ herausgebrochen werden: „... auf kulturellem Gebiet ist zu überlegen, ob ein grenzüberschreitendes Projekt die kulturellen und historischen Traditionen der Hanse dokumentieren

und wieder aufnehmen sollte“. Und das, obwohl gerade aus den skandinavischen Ländern entsprechende Versuche der schleswig-holsteinischen Landesregierung, diese historisch deutsche Vormachtstellung in der Hansezeit als besonders identitätsstiftend zu etablieren, scharf kritisiert wurden.

Während auf Seiten der Opposition die CDU/CSU in ihrer Forderung nach „Stärkung der Ostseeregion“ Deutschland als „wirtschaftlich stärkste(r) Macht im Ostseeraum eine besondere Aufgabe“ zuweist, kommt es auf die PDS an, ob sie zu einer Kooperation der kritischen Stimmen gegen diese imperiale Großraumpolitik beiträgt. Der stellvertretende Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, betonte in seiner Rede eine „partnerschaftliche Politik“ im Ostseeraum, insbesondere gegenüber Russland. Interessant wäre, wieweit die PDS die Kritik der Gewerkschaften der Ostseeanrainerstaaten (siehe PB 13/2000) aufnehmen und mit anderen linken Oppositionsparteien im Ostseeraum vertiefen könnte.

rua

Quellen: Antrag der Regierungskoalition Ds. 14/3587; Antrag der CDU/CSU Ds. 14/329, Rede von H. Holter am 29.6.00; Norddeutsche Rundschau v. 5.7.00; Pinneberger Tageblatt v. 28.6.00

#### Entschädigungsforderungen

## Goethe-Institut Athen gepfändet

Mit Polizeiunterstützung mussten sich Staatsanwältin und Gerichtsvollzieher am 11. Juli den Zutritt zum Goethe-Institut in Athen verschaffen. Zur Vorbereitung der Vollstreckung des Urteils gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Entschädigung der Hinterbliebenen der Opfer von Distomo vermaßen und schätzten sie die Immobilie. Das Deutsche Archäologische Institut und die beiden deutschen Schulen in Athen und Saloniki sollen demnächst geschätzt werden. Für den 20. September ist die Zwangsversteigerung der ersten deutschen Besitztümer angesetzt.

Bis zuletzt hatte die Bundesregierung nicht daran geglaubt, dass die Kläger aus Distomo und ihr Anwalt Iannis Stamoulis ernst machen würden und die griechische Regierung dem Treiben Einhalt gebieten würde. Nach der Pfändung des Goethe-Instituts reagierte Außenminister Fischer mit Drohungen. Der griechische Botschafter wurde in Berlin einbestellt, der deutsche Botschafter Kuhna protestierte in Athen schroff: Deutschland wird Rechtsmittel gegen die Vorbereitung zur Enteignung deutscher Liegenschaften einlegen. Die Bundesregierung halte das Verfahren für völkerrechtswidrig. Es fehle zudem nach griechischem Recht die Zustimmung des Justizministeriums aus Athen. Fischer er-



klärte in typisch deutscher Manier drastisch, die Bundesregierung befürchte eine tiefe Belastung der bisherigen Beziehungen zu Griechenland. Bundeskanzler Schröder machte umgehend in einem Telefongespräch Druck auf seinen griechischen Amtskollegen Simitis.

Botschafter Kuhna wiederholte in Athen den deutschen Standpunkt: Eine Entschädigung komme nicht in Frage, das Urteil des griechischen Staatsgerichtshofes würde von der Bundesrepublik nicht anerkannt, prinzipiell wären die Opfer der Nazi Herrschaft mit der Zahlung von 115 Mio. DM und der vertraglichen Regelung von 1960 abgegolten worden. Im Falle Distomo und den mittlerweile vorliegenden rund 100.000 Klagen gegen die Bundesrepublik in Griechenland würde es sich um Reparationszahlungen handeln. Die Reparationsfrage hätte aber nach mehr als einem halben Jahrhundert nach Kriegsende ihre Berechtigung verloren. Dabei wäre es egal, dass Deutschland die festgesetzten 7,5 Mrd. DM Reparationen an Griechenland nie gezahlt habe und diesen Anspruch immer auf das Datum der „Wiedervereinigung“ verschoben hatte.

Die griechische Regierung steht erheblich unter Zugzwang. Sie hoffte bisher, dass in Nachverhandlungen die Angelegenheit bereinigt werden könnte. Doch von der Bundesregierung kommen dafür keine Anzeichen. Innenpolitisch steht sie schwer unter moralischem Druck. Der Bundesregierung muss nun was einfallen. Sie kann das Problem nicht mehr einfach aussitzen wie bisher. Der erste Termin steht im September. Ihre Klage in Griechenland wird diesen Termin sicherlich hinauszögern. Aber es steht jetzt schon das nächste Verfahren ins Haus: Die Distomo-Kläger haben über ihren Anwalt Stamoulis jetzt Klage vor dem Europäischen Gerichtshof in Straßburg erhoben.

rub

#### Kurdistan-Solidarität

## Antwort des PKK-Präsidialrates lässt Fragen offen

Am 13.7. wandten sich zahlreiche Personen und Organisationen, von denen etliche seit langen Jahren in der Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes aktiv sind, u.a. die PDS-Abgeordneten Carsten Hübner und Ulla Jelpke sowie Rüdiger Lötzer vom *Kurdistan-Rundbrief*, in einem Offenen Brief mit dem Ersuchen um Aufklärung und „glaubwürdige Nachrichten“ an den Präsidialrat der PKK. Nach Informationen der Unterzeichner habe der Präsidialrat 30 von ca. 60 PKK-Guerillas festgenommen, die die Politik des Präsidialrates kritisierten und sich am 19. Mai von der PKK getrennt haben. Nach Berichten der jüngsten Ausgabe des PKK-Parteiorgans „*Serxwebun*“ (Nr. 222) habe der in Imrali inhaftierte PKK-Vorsitzende Öcalan den Vorgang laut Präsidialrat als „schwerwiegende Straftat“ eingestuft. Öcalan soll demzufolge geäußert haben: „Das ist Verrat, innerer Verrat. Was sie gemacht haben, ist ein vollkommener Akt der Liquidation, man muss strengstens dagegen vorgehen. Kriegsbedingungen sind die kritischsten Zeiten. Von daher müssen die härtesten Sanktionen angewandt werden.“

Der Präsidialrat der PKK, für den in der Öffentlichkeit Osman Öcalan und Zemil Bayik auftreten, antwortet umgehend mit einer Erklärung vom 14.7. Seine Antwort weist zwar den Offenen Brief schroff zurück, kann aber doch als erster Schritt zur Klärung verstanden werden. Zum ersten beruft sich der Präsidialrat, anders als in dem Artikel in „*Serxwebun*“, bei der Wertung der Vorgänge nicht auf angebliche Äußerungen Öcalans. Damit übernimmt er die Verantwortung.

Natürlich sind die Auffassungen Abdullah Öcalans zur weiteren Entwicklung des kurdischen Befreiungskampfes aufgrund seiner langjährigen Verbundenheit mit der Befreiungsbewegung in verantwortlicher Funktion weiterhin wertvoll, und es ist selbstverständlich, dass sie in der Diskussion der PKK auch eine wichtige Rolle spielen. Doch weil er als Gefangener der Türkischen Republik in seiner Information und damit in seiner freien Meinungs- und Willensbildung vollständig eingeschränkt ist, kann niemand die Verantwortung für eigene Beurteilungen und eigenes Handeln auf den PKK-Vorsitzenden abschieben, indem er sich auf Äußerungen, Urteile, Anordnungen aus dem Gefängnis in Imrali beruft. Als Öcalans Urteil sind die Äußerungen von „Verrat“ und „härtesten Sanktionen“ nicht authentisch. Authentisch sind sie als Urteil des PKK-Parteiorgans „*Serxwebun*“, das die Verantwortung für die daraus resultierenden Folgen trägt.

Der Präsidialrat der PKK wiederholt nun – dies zum zweiten – in seiner Erklärung vom 14.7. die Forderung nach „härtesten Sanktionen“ nicht. Er kritisiert und widerruft sie nicht, aber er bekräftigt sie wenigstens nicht.

Seine Erklärung lässt erkennen, dass er sich durch den Offenen Brief heftig angegriffen fühlt: Er sieht sich einem „internationalen Komplott“ ausgesetzt, das letztlich die Partei zerschlagen soll. Man muss konstatieren, dass die Gegner des kurdischen Befreiungskampfes, die Türkische Republik, die Nato-Staaten, die BRD, nicht aufhören, die Bewegung und ihre Organisation, die PKK, zerschlagen zu wollen. Man muss ebenfalls konstatieren, dass es in der westdeutschen Linken seit je eine starke Tendenz gab, der PKK und dem kurdischen Befreiungskampf die Solidarität zu verweigern, ihr die Unterstützung gegen die Angriffe zu entziehen. Die Befürchtung des Präsidialrates, das Ersuchen um Aufklärung falle in die lange Reihe der großen Probleme, mit denen die PKK konfrontiert ist, ist nicht von vornherein als absurd von der Hand zu weisen. Dennoch ist sie falsch und hilft der Klärung der Vorwürfe nicht weiter.

Die kurdische Befreiungsbewegung befindet sich in einer sehr schweren Phase. Auch wenn die Einstellung des bewaffneten Kampfes gegen das türkische Regime und die Konzentration auf den politischen Kampf von der kurdischen Bevölkerung weithin akzeptiert wird, ist noch ganz unsicher, ob überhaupt die Chance besteht, den kurdischen Emanzipationsbestrebungen im Rahmen der Türkischen Republik weiterzuhelfen. Der politischen Kampf muss sich unter den Bedingungen anhaltender brutalster Repression entwickeln. Das Regime gibt keinen Raum für eine offene Diskussion der kurdischen Bevölkerung und ihrer Organisationen. Unter diesen schwierigen Bedingungen muss die PKK, deren Autorität in der kurdischen Bevölkerung bisher auf dem bewaffneten Kampf, der Guerilla beruhte, in die neuen Anforderungen hineinwachsen.

Gerade aber in dieser Zeit, in der so große Orientierungsschwierigkeiten und ein so großer Diskussionsbedarf bestehen, ist es um so problematischer und gefährlicher, wenn Kritiker des eingeschlagenen Kurses als „Verräter“ gebrandmarkt und Kritik mit „härtesten Sanktionen“ belegt werden soll. Auch in seiner Antwort vom 14.7. nimmt der Präsidialrat nicht davon Abstand, die Gruppe langjähriger Guerillakämpfer, die sich am 19. Mai von der PKK getrennt haben, als „Handlanger des internationalen Komplotts“, als „Banden“ und „Gegner außer- und innerhalb der PKK“ zu bezeichnen und zu behandeln. Das Anliegen, ihr Schicksal aufzuklären und die Zusicherung zu erhalten, dass sie, sofern die Nachrichten von ihrer Festnahme zutreffen, sofort freigelassen werden, ist mit der Antwort nicht erledigt. scc

## Kosovo

# Die NATO fährt weiter auf Kuschelkurs mit der UCK

Eine selbst für den Balkan ungewohnte Hitzewelle machte auch den Menschen im Kosovo letztes Wochenende zu schaffen. Heiße Winde entfachten an den knochentrockenen Tälern und Berghängen überall Feuer. Die Hitze muss sich auch auf die UCK-Terroristen lähmend ausgewirkt haben, denn die sonst im Kosovo an Wochenenden übliche Anzahl von Mordopfern wurde diesmal nicht erreicht. Lediglich einige „kleinere“ Anschläge wurden von der K-FOR vermerkt. So wurden z.B. in der geteilten Stadt Mitrovica von albanischer Seite vier Gewehrgranaten auf eine Roma-Siedlung im multi-ethnischen Teil der Stadt abgefeuert. Dabei wurden ein zehnjähriger Junge und ein 20 Jahre alter Mann leicht und ein acht Jahre alter Junge schwer verletzt. Der Junge wurde von französischen K-FOR-Soldaten in ein lokales Krankenhaus zur Operation gebracht. („Roma Gypsy Boy Wounded In Kosovo Attack“, PRISTINA, Reuters, July 9, 2000)

Einer weitaus besseren Behandlung als der schwer verwundete Roma-Junge erfreute sich ein bekannter UCK-Terrorist durch amerikanische K-FOR-Soldaten. Der UCK-Kommandeur Ramush Haradinaj und „Politiker“ war letzten Freitag bei einer Schießerei in der Nähe von Streece verwundet worden. Haradinaj sei am Kopf verletzt worden und ein Splitter stecke nahe einer „sensiblen Stelle“, berichtete die K-FOR am Sonntag. Zur Behandlung war der Verletzte erst ins amerikanische Feldlazarett im Camp Bondsteel im Kosovo gebracht und danach in das US-Krankenhaus Landstuhl bei Kaiserslautern geflogen worden.

Eine Familie im Kosovo gab mittlerweile zur Protokoll, dass ihr Haus mitten in der Nacht von einer Gruppe von 40 bewaffneten Männern unter dem Kommando von Ra-

mush Haradinaj angegriffen worden war. Haradinaj habe sich selbst, bewaffnet mit einem Sturmgewehr, an dem Überfall beteiligt, sagte der 35 Jahre alte Sadik Musaj. Haradinaj, 32 Jahre alt, ist der Chef der Partei „Allianz für die Zukunft des Kosovo“ (AAK) und zugleich ein regionaler Anführer der UCK und vormals Stellvertreter des Chef des Kosovo-Schutz-Korps, Agim Ceku.

Nach Aussagen von Sadik Musaj habe Haradinaj ihn aufgefordert, aus dem Haus zu kommen, sonst würden er „und seine ganze Familie sterben“. Zugleich hätten die bewaffneten Belagerer das Feuer auf das Haus eröffnet. Daraufhin habe er, Musaj, das Feuer erwidert. Die Schießerei habe zwei Stunden gedauert. Dabei sei es ihm gelungen, eine Handgranate in Richtung Haradinaj zu werfen und sowohl ihn als auch seinen Bruder Daut zu verletzen. Bruder Daut ist übrigens ein führendes Mitglied im Kosovo-Schutz-Korps.

Nach der Schießerei hat Haradinaj dann bei der KFOR um medizinische Hilfe gebeten woraufhin er per Hubschrauber ins US-Camp Bondsteel gebracht

wurde, wo seine Gesichtsverletzungen behandelt wurden. Ungeachtet der vielen frischen Einschusslöcher am Haus des überfallenen Satin Musaj behauptet der Familienklan von Ramush und Daut Haradinaj, dass sie selbst Opfer eines „terroristischen Überfalls“ geworden seien. Eine Handgranate sei auf ihren Wagen geworfen worden. Sadik Musaj behauptet dagegen, dass Haradinaj in Juni 1999 einen seiner Brüder entführt habe, der damals Mitglied einer, mit der UCK-rivalisierenden Terrororganisation war, nämlich der „Bewaffneten Kräfte der Republik Kosovo“ (FARK). „Ich kenne die Wahrheit“, zitiert AFP Musaj, der stets eine schusssichere Weste trägt, „Ramush wollte mich los werden“. Ramush sei für



viele Verbrechen in der Region verantwortlich. Haradinaj und seine bewaffnete Bande hätten bereits zwei Mal versucht, ihn zu entführen, einmal im Juli und einmal im Dezember letzten Jahres. Beide Male seinen Schüsse gefallen und er habe sich bei der K-FOR und UNO-Polizei beschwert. („Ex-guerrilla chief attacked us: Kosovo Albanians“, STREOC, Yugoslavia, July 9 AFP)

Jetzt bewacht die UNO-Polizei das Haus der Musaj Familie. Noch am Samstag nahm die UNO-Polizei zwei Mitglieder des Kosovo-Schutz-Korps fest. Nachdem aber weitere Mitglieder des Kosovo-Schutz-Korps (KSK) auf bedrohliche Weise die Polizeistation, wo die beiden festgehalten wurden, belagerten und KSK-Chef Agim Ceku höchstpersönlich zu ihren Gunsten interveniert hatte, wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt.

In der Zwischenzeit hat die UNO-Polizei weitere Ermittlungen aufgenommen. Dabei hat sich herausgestellt, dass der Familienklan Musa Sadiks mit den „politischen“ Rivalen des Haradinaj-Klans verbunden ist, die in dem Dörfchen Streoce im West-Kosovo mit Pistolen und Granaten um die Vorherrschaft kämpfen. Dass es dabei um mehr als nur politische Meinungsverschiedenheiten geht, ist einer Meldung der *Washington Post* zu entnehmen, wonach der Westen des Kosovo als Schmuggelzentrum bekannt sei, „in dem verschiedene Familienklans und politische Gruppen um die Macht kämpfen“. („Hot Winds Fan Fires in Kosovo“, *Washington Post*, By Robert H. Reid, Associated Press Writer, Sunday, July 9, 2000; 5:58 p.m. EDT)

Der Fall ist für die NATO besonders brisant, weil er für die bevorstehenden lokalen Wahlen das Gespenst bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnisch-albanischen Gruppen heraufbeschwört. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die K-FOR Ramush Haradinaj wegen des Überfalls auf das Haus von Sadik verhaften lassen wird. Die Gefahr, dadurch womöglich einen lokalen Aufstand der UCK gegen die NATO provozieren, ist zu groß. Kein Wunder, dass die Amerikaner alles tun, um ihren terroristischen UCK-Waffenbrüdern und Banditenfreunden zu Gefallen zu sein. Auch die Tatsache, dass Haradinaj im Mai in mehrere Auseinandersetzungen und Kämpfe mit russischen Kosovo-Truppen verwickelt war, in deren Folge es zu einer Reihe von Gewehrfeuer-, Granaten- und Raketenangriffen auf russische Basen kam, („Kosovo Leader Flown to Germany As Plot Thickens“, by Andrew Gray, STREOC, Yugoslavia, Reuters, Sunday July 9 10:31 AM ET) dürfte im Kalkül der Amerikaner und der NATO in Bezug auf ihre Kuschelepolitik mit der UCK keine Bedeutung haben.

*Rainer Rupp (der Artikel erschien auch in der jungen Welt)*

## Spanien

# Schulfrieden und ausgegrenzte Romakinder

„Wir Eltern werden uns dafür einsetzen, dass das Zusammenleben in der Schule wieder funktioniert, und werden ein Schulklima der Toleranz, der Integration, des Dialoges und des Konsenses schaffen.“ Am 2. Juni beklagte María Tato vom Elternverein der katholischen Schule San Juan Bosco im nordspanischen Barakaldo auf einer Pressekonzferenz „das Bild der Intoleranz“, das in der Öffentlichkeit von ihnen geschaffen wurde, obwohl sie sich doch nur um den Schulfrieden sorgten.

Am 31. März wurde eine Schule im Nachbarstadtteil Ametzaga de Retuerto geschlossen. Für die zuletzt noch 13 SchülerInnen begann die Suche nach neuen Schulen. Alle kommen aus Roma-Familien, die in dem Armutsviertel Retuerto in Barakaldo leben. Barakaldo ist eine Kleinstadt im Industriegürtel um Bilbao, wo es auch bessere Wohngegenden gibt. Die 13 wurden auf verschiedene Schulen in Barakaldo verteilt. Die Eltern der staatlichen Schule Zuazo lehnten es ab, drei der Romakinder aufzunehmen: einen Jungen von 3 Jahren, K. und zwei Mädchen R. 7 und R. 8 Jahre alt. Alle drei Geschwister. Ihre Namen werden mit gutem Grund nicht veröffentlicht. Der Elternrat von Zuazo erklärte, die Familie der drei sei für ihre Streitlust bekannt und würde Konflikte provozieren. Nachdem die drei Kinder 6 Wochen ohne Schule waren, teilte die Erziehungsbehörde die katholische Schule San Juan Bosco im Stadtteil Burtzeña zu. Francisco Iglesias vom Elternrat von Bosco dazu rückblickend: „Die Behörde hat sie uns dann hier reingesetzt. Es ist klar, dass die Eltern Angst bekamen. Alle entschieden, dass unsere Kinder nicht in die Klassen gehen. Inzwischen begannen sie auf den Versammlungen Geschichten von Ametzaga zu erzählen, wo es acht Jahre lang Probleme gab, und schließlich war die Furcht gewachsen bei den Eltern.“ Nach der Semana Santa, den Osterferien, begannen sie einen Schulboykott: Mitsamt ihren Kindern im Alter von 3 bis 16 Jahren zogen sie jeden Tag ins nahegelegene Bilbao vor die Schulbehörde. Der Vorsitzende der Roma-Organisation Iniciativa Gitana, Jesús Giménez, warf ihnen am 11. Mai Rassistismus vor: Elternvertreter wiesen das weit von sich: Sie seien nicht rassistisch, sondern hätten Angst: „Wir wissen mit Sicherheit, dass es Probleme in der Familie gibt.“ Vor der Schule standen 10 Tage lang jeden Morgen Hunderte Eltern mit ihren Kindern, um gegen die Einschulung der drei Romakinder zu protestieren. Mitte Mai eskalierte die Situation vor der Schule, als die Roma kamen. Begleitet von Jesús Giménez von Iniciativa Gitana wurden sie zwar in Ruhe gelassen, aber die Eltern versuchten, die Leh-

rerInnen am Betreten der Schule zu hindern. Nach einigen Rangeleien bildete die baskische Polizei Ertzaintza ein Spalier, durch das die Schule betreten werden konnte. Als sich zuerst vier, später 16 ältere SchülerInnen traute, zusammen mit den Roma in die Schule zu gehen, wurden sie von den Eltern als Streikbrecher beschimpft und ausgepöfht. Auch sonst wurde das Vokabular der Arbeiterbewegung benutzt: „Vereinigt im Kampf, wir gehen nicht weg“ – und das Argument, Mehrheit zu sein: „In den Klassen sind drei, draußen 633“. Entsprechend dieser Parole wurde vor der Schule sozialer Druck ausgeübt. Von den Eltern hatten zwar 450 auf einer Versammlung gegen die Einschulung der Romakinder gestimmt, aber 29 dafür, 160 enthielten sich.

Der Schulboykott gegen die Romakinder kam in ganz Spanien in die Medien. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Barakaldo, Carlos Pera, appellierte vergeblich an die Eltern aufzuhören, ihre Kinder für ihren Protest zu benutzen. Der Vizeminister der baskischen Regionalregierung für Ausbildung, Alfonso Unzueta, appellierte an die Eltern, nicht die Werte der Toleranz mit Füßen zu treten, zu der die Kinder erzogen werden sollten. Unzueta hatte den boykottierenden Eltern Zusagen gemacht – umstimmen konnte er sie trotzdem nicht: Für die drei Kinder wurden drei zusätzliche Lehrkräfte, ein Psychologe und ein Vermittler bereitgestellt. Aber um die materielle Ausstattung ihrer Schule ging es den Eltern ebenso wenig wie um eine Verständigung mit den Roma. Der große 12-jährige Bruder der drei Romakinder, die angeblich den Schulfrieden von 633 anderen Kindern bedrohen würden, besucht seit zwei Monaten eine andere, staatliche Schule, ohne dass es zu den beschworenen Problemen gekommen ist. Er ist ein Schüler unter vielen. Wie seine Eltern auch hat er keine Vorstrafen und keinen Ärger mit der Polizei gehabt. Die Mutter ist auf den Elternversammlungen in dieser Schule akzeptiert.

Bis zum 22. Mai haben alle Eltern der Bosco-Schule Post vom Jugendgericht erhalten. Ihr Schulboykott sei ein Verstoß gegen die Schulpflicht. Nur wegen dieser von der baskischen Regionalregierung veranlassten Strafandrohung schickten die Eltern ihre Kinder wieder in die Schule – aber ihr Widerstand ging weiter, unter Ausnutzung aller legalen Wege, wie ihre Anwältin María Tato erklärte: „Für eine harmonische und plurale Ausbildung“. Seit drei Wochen gehen alle zur Schule. Die drei Romakinder sind dabei weitgehend isoliert von den Anderen: Sie haben einen eigenen Klassenraum, eigene Lehrkräfte, gehen nicht auf den Schulhof und nicht in die Kantine. Die



Anwältin des Elternrates, Tato, prüfte wochenlang die Möglichkeiten, die Schulbehörde wegen der Einschulung der Romakinder an der Bosco-Schule zu verklagen.

Tato stellte auf der Pressekonferenz am 2. Juni zusammen mit Unzeta vom Bildungsministerium der baskischen Regionalregierung den ausgehandelten Vertrag vor:

Die Garantie des Ministeriums, dass die Schule als Ausgleich für die Aufnahme der drei Romakinder mit mehr Lehrpersonal ausgestattet wird, betrachtet der Elternverein als angemessene Entschädigung. Durch das Verbot für die Romaeltern, die Schule betreten zu dürfen, sieht sich der Elternverein bestätigt: Die seien eben so streitsüchtig und aggressiv, dass die Schule vor ihnen geschützt werden müsse. Außerdem wurde eine spezielle Kommission aus Elternverein, Bildungsministerium, Lehrervertretern und der Initiative Gitana gebildet, welche die weitere Entwicklung der Romakinder kontrollieren soll.

Die neue spanische Bildungsministerin, Pilar del Castillo, erklärte Ende Mai, der Konflikt von Barakaldo sei ein Einzelfall: „Die Einschulung der Minderheiten funktioniert gut, etwas anderes sind konkrete Probleme. Mein Eindruck ist, dass manchmal die Präsenz von Minderheiten sehr stark ist, und dann können sich Schwierigkeiten anhäufen.“ Die bildungspolitische Sprecherin der sozialdemokratischen PSOE, Amparo Valcarce, warf ihr am 5. Juni Passivität vor: Sie hätte monatelang zum Konflikt in Barakaldo selbst nie Stellung bezogen.

Durch den Boykott von Barakaldo bekamen Studien über die Schulsituation von Roma- und MigrantInnenkindern jetzt kurzfristig Aufmerksamkeit. Das Zentrum für Studien über Migrationen und Rassismus veröffentlichte bereits 1997 Zahlen dazu, wie Ende Mai bekannt wurde: Von 180.000 schulpflichtigen Roma in ganz Spanien gehen 66% nicht zur Schule. Das hat verschiedene Gründe, ein zentraler wird aus der Erhebung deutlich: 13-17-jährige wurden befragt, welche Minderheit sie am meisten ablehnen: 27% waren für einen Rausschmiss der Roma aus Spanien, bei 24% sollen zuerst AraberInnen verschwinden. Das passt zur Meinung der Erwachsenen: 1997 bezeichneten sich in einer Umfrage der Europäischen Union 40% der SpanierInnen als etwas rassistisch, während 18% sich selbst als ziemlich rassistisch einstufen.

Da verwundert es nicht, dass sich private Schulen Tricks einfallen lassen, um sich gegen ausgegrenzte Minderheiten abzuschotten. Eine Lehrerin aus Burgos erzählte der Zeitung El Mundo anonym, wie das geht: „Eine indirekte Auslese der Schüler findet bei den Privaten statt. Wie? Über den Preis der Schuluniform, den prekäre Familien nicht bezahlen können, oder über den Preis der angeblich freiwilligen außerschulischen Aktivitäten. Wenn Du nicht zahlst, bist du

nicht wie sie und wirst zur Seite gedrängt.“

Die rassistische Ausgrenzung ist vor allem eine soziale: Nicht nur die Romakinder von Barakaldo wohnen in einem Elendsviertel. Marginalisierte soziale Gruppen wohnen in allen Teilen Spaniens in Stadtteilen ohne Hoffnung, wo die staatlichen Schulen reine Aufbewahrungsorte sind. Verschärft wird die Situation durch die Privatschulen, wo die Kinder aus sozial bessergestellten Familien unter sich bleiben. Nicht alle Roma und Einwanderinnen sind arm, aber die Mehrheit. So studieren zwar in Andalusien laut Zahlen der Unión Romani 300 Roma, aber die elenden Hütten- und Barackensiedlungen sind die einzigen Gegenden, wo Roma und MigrantInnen in der absoluten Mehrheit sind: Laut einer Untersuchung der Fundación Foessa von Ende 1999, die im spanischen Parlament folgenlos debattiert wurde, sind 95% der BarackenbewohnerInnen in Spanien Roma. Die Lebenserwartung von Romafrauen beträgt zwischen 49 und 61 Jahre, der Landesdurchschnitt bei allen Frauen beträgt 85 Jahre. Durchschnittlich 5,4 Familienmitglieder wohnen in Hütten von 50 qm, oft ohne fließend Wasser und Strom. Anders gesagt: Wer in Spanien im Elendsviertel lebt und einen spanischen Pass hat, ist ein Roma. Mariano González von der Roma-Organisation Expresión Gitana betonte gegenüber der Zeitung El País, dass die ökonomischen Bedingungen der Roma entscheidend dazu beitragen, dass viele Roma die Schulausbildung abbrechen: „Vorrang für viele Familien hat das Überleben, das ändert sich zwar, aber das ist ein langsamer Prozess. Es ist wichtig, dass die Behörden soziale Betreuer ausbilden, die selbst Roma sind, wie in Andalusien, wo es 600 gibt.“

Anstatt davon zu reden, dass sich Roma- und MigrantInnen in die vermeintlich klaren nationalen Normen integrieren sollen, brauchen die überhaupt erstmal Zugänge und Chancen, ein Leben nach ihren Vorstellungen organisieren zu können. Ein Ende der rassistischen Ausgrenzung ist aber kaum in Sicht. José Manuel Fresno vom Sekretariat Gitano, dem staatlichen Zigeuner-Sekretariat: „Es gibt viel pädagogische Arbeit zu tun in der Gesellschaft, die Reduktion von Vorurteilen und Stereotypen, auch bei den Lehrern ... Eine Konzentration der Minderheiten in den Schulen muß vermieden werden und Ausschüsse für die Einschulungen gebildet werden, um die Verteilung zu planen. Die Verteilung ist zusammen mit der Förderung durch Lehrer der Schlüssel um zu garantieren, dass das Niveau der Schulen nicht fällt.“ Obwohl Fresno meint, gegen Vorurteile zu sein, ist für ihn eines klar: Zuviel Minderheit auf einem Haufen ist ein Problem. Dabei hat der Boykott von Barakaldo einmal mehr gezeigt, dass nicht die Minderheiten das Problem sind.

*Gaston Kirsche*

## Polen: Illegaler deutscher Landkauf vor Gericht

Vor knapp vier Jahren ist ein Strohmänner-Ring aufgefliegen, mit dessen Hilfe sich etliche Deutsche rund um Stettin ein Stück Land gekauft hatten. Gegen die acht Deutschen und sechs Polen begann nun vor dem Regionalgericht in Stettin der Prozess. Die illegale Aktion ging folgendermaßen vor sich. Ein Heinz P. wohnt seit Jahren mit seiner polnischen Frau in einem Gutshaus in Wirowek bei Gryfino (Greifenhagen). In der in Deutschland erscheinenden Zeitschrift „Top-Agrar“ bot ein Heinz P. „Güter und Bauernhöfe in Polen“ an. Die Deutschen boten einen höheren Kaufpreis als die polnischen Mitbewerber oder waren die einzigen Interessenten. Der Trick, die Genehmigungsprozedur in Warschau zu umgehen, bestand in der Gründung eines deutsch-polnischen Joint Ventures mit polnischer Mehrheitsbeteiligung. Eine solche Gesellschaft kann ohne Genehmigung Land kaufen. Die Gesellschaften waren allerdings nur fiktiv, denn kaum war das Land gekauft, übernahm der Deutsche auch die polnischen Anteile und war damit Alleineigentümer des gerade gemeinsam gekauften Grundstücks. Die Strohmänner und -frauen erhielten für ihre Unterschrift rund 1000 Mark, Heinz P. für die Vermittlung der Immobilien zwischen 5000 und 25000 Mark. Die Angst vor dem Ausverkauf des Landes hat nun dazu geführt, dass Warschau für den Landverkauf an Ausländer eine 18-jährige Übergangsfrist in Brüssel beantragt hat. Es ist die längste Übergangsfrist unter allen EU-Beitrittskandidaten. In dieser Zeit, so Ministerpräsident Jerzy Buzek, solle die Landwirtschaft umstrukturiert und die polnischen Bauern sollen in die Lage versetzt werden, beim Kauf großer Flächen mit westlichen Landwirten konkurrieren zu können. Angst, Brüssel könnte diese lange Frist als ein Signal auffassen, dass das Land erst in 18 Jahren beitriffsfähig sei, nicht aber bereits 2003, wischt Buzek vom Tisch: „Die Dänen haben sogar ein völliges Verbot durchsetzen können.“

## Kroatien: Ehemalige Staatsunternehmen werden in Konkurs getrieben

Mit einem beschleunigten Verfahren für Firmenkurse will die neue Mitte-Links-Regierung in Kroatien unter dem Sozialdemokraten Ivica Racan den Weg für eine Privatisierung der Firmenlandschaft frei machen.

Dauerhilfen für die chancenlosen Unternehmen, von denen Hunderte ganz oder teilweise in Staatsbesitz sind, sollen abgestellt werden. Der staatliche Privatisierungsfonds hat schon 208 Staatsunternehmen für pleite erklärt. Sie sollen in den kommenden Monaten geschlossen werden. Die Verluste der Betriebe summierten sich wegen Missmanagements,





Am 6. Juli 1950, vor 50 Jahren, unterzeichneten Otto Grothwohl und der Premierminister Polens Cyraniewicz das Abkommen von Zgorzelec, das den Verlauf der Friedensgrenze an Lausitzer Neiße und Oder markierte. Das Abkommen legte diese Linie als Staatsgrenze zwischen Polen und der Deutschland fest. Sowohl Willy Brandt 1970 als auch Helmut Kohl 1990 mussten ihre Unterschrift unter die sogenannte „Zgorzelec-Formel“ setzen. Was aber einige Deutsche nicht daran hinderte, sich auf andere Weise des Landes zu bemächtigen. (siehe unten)

veralteter Maschinen oder fehlender Märkte auf täglich 1,6 Mio. Kuna, umgerechnet rund 320 000 Franken. „Unser Ziel ist es, das Verfahren zu beschleunigen. Keine einzige Firma kann reorganisiert werden, bis diese Arbeit erledigt ist“, erklärt der stellvertretende Justizminister Ranko Marijan. Die Folge: Die Arbeitslosigkeit steigt. Schon sind 358 000 Menschen ohne Stelle. Das sind 22% der Erwerbsbevölkerung. Die 208 staatlichen Pleitebetriebe beschäftigen noch 30 000 Personen. In den Gewerkschaftsverbänden ist die Haltung zum „Reform“-projekt daher gespalten. (Quelle: dpa)

### Tschechien: Zwangsarbeiter-Vereinbarung berührt Reparationsfrage nicht

Die USA sind Tschechien in der Frage der Nachkriegs-Enteignungsdekrete des damaligen tschechoslowakischen Präsidenten Benesch beigegeben. Ohne die Dekrete direkt beim Namen zu nennen, erklärte Washington auf Bitten Prags in

einer Note, „Entscheidungen, die die Folgen des Zweiten Weltkriegs regelten“ sollten als „historische Tatsachen“ nicht infrage gestellt werden. Neben Ministerpräsident Milos Zeman äußerte sich auch der Chef des außenpolitischen Parlamentsausschusses Jan Zahradil erfreut: Washington habe einen „dicken Strich durch die Rechnung der Sudetendeutschen gemacht“. Auf dieser Grundlage wolle er demnächst auch an die Europaparlamentarier appellieren, „sich nicht dem Druck der sudetendeutschen Lobby zu beugen“. Tschechische Diplomaten hatten am Rande der Verhandlungen über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter bei den USA angefragt, ob die Rechtssicherheit, die deutsche Firmen künftig vor amerikanischen Gerichten erhalten sollen, auch Auswirkungen auf die Prager Auffassung zu den Kriegsschadensreparaturen haben würde. Diese Auffassung unterscheidet sich wesentlich von der anderer Staaten. So hatte die Tschechoslowakei, deren Rechtsnachfolge Tschechien angetreten hat, im Gegensatz etwa zu Polen nie auf Reparations-

forderungen gegenüber Deutschland verzichtet. Solche Forderungen wurden immer als eine Art Sicherheit gegenüber befürchteten Eigentumsforderungen aus Deutschland betrachtet. Hätte sich der Schlussstrich, den Amerikaner und Deutsche am Montag mit der Abschlussklärung zur Zwangsarbeiterentschädigung unter jedwede Reparationsansprüche ziehen, auch auf Tschechien bezogen, wäre Prag diese Sicherheit entglitten. Wie aus dem Prager Außenamt verlautete, ging es Tschechien bei seinem Vorstoß in den USA darum, „die Balance zu erhalten und gegen eventuelle Forderungen aus Deutschland gewappnet zu sein, die unter einem künftig denkbaren Kanzler Edmund Stoiber nicht auszuschließen“ seien. (Quelle: Die Welt)

### Jugoslawischer Bundesstaat vor dem Ende

Die von Serbien und Montenegro gebildete Bundesrepublik Jugoslawien ist nach Ansicht montenegrinischer Verfassungsrechtler am Ende. Montenegro als Teil der Bundesrepublik und die Montenegriner als jugoslawische Staatsbürger existierten nicht mehr als verfassungsrechtliche Kategorie, sagte der Präsident des Obersten Gerichtshofes, Ratko Vukotic, am Wochenende. Zuvor hatte das montenegrinische Parlament beschlossen, eine Änderung der jugoslawischen Verfassung nicht anzuerkennen, die eine Direktwahl des Präsidenten ohne Beteiligung des montenegrinischen Parlaments vorsieht. Auch ermöglicht sie eine weitere Amtszeit von Präsident Slobodan Milosevic. In einer Sondersitzung nahmen die montenegrinischen Abgeordneten eine Resolution an, die die Rechte und Interessen Montenegros und seiner Einwohner schützen soll. Darin rufen die montenegrinischen Abgeordneten die Bevölkerung von Montenegro und Serbien sowie die montenegrinische Polizei und die jugoslawische Armee auf, ruhig zu bleiben. Das Problem solle mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft gelöst werden. (Quelle: reuters)

Zusammenstellung: hav

#### Bilanz einer deutsch-tschechischen

**Alternative – Anliegen und Ergebnisse der Beziehungen DDR – Tschechoslowakei**

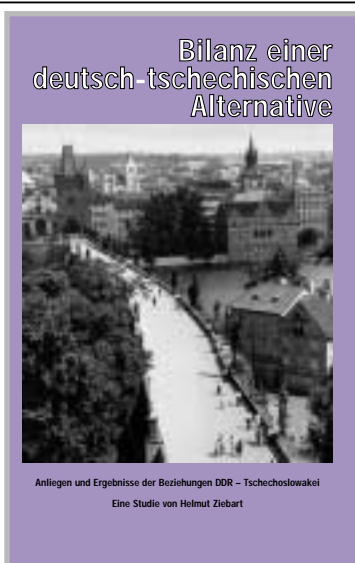
Eine Studie von Helmut Ziebart

GNN Verlag, Stuttgart 1999

71 Seiten, 3 Bildseiten

ISBN 3-9805441-3-3, Preis: 11,90 DM

Helmut Ziebart wurde am 4. Mai 1929 in Slawoschewo in der polnischen Wojewodschaft Poznan geboren. Als Zehnjähriger sah er die deutschen Bombenflugzeuge in Richtung Warschau fliegen, als Fünfzehnjähriger musste er mithelfen, die Trümmer zu beseitigen, die die deutsche Wehrmacht in der Ukraine hinterlassen hatte. 1949 aus Polen ausgewiesen, kam er nach Leipzig, holte an der Arbeiter- und Bauern-Fakultät in Greifswald das Abitur nach und studierte anschließend Völkerrecht und internationale Beziehungen an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften in Potsdam-Babelsberg. 1956 trat er ins Außenministerium der DDR ein, 1981 bis 1990 war er als letzter Botschafter der DDR in Prag an der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern beteiligt.



HAMBURG. Ca. 50 Menschen, darunter auch einige afrikanische Flüchtlinge, demonstrierten am 8. Juli vor dem Hauptbahnhof für die Bewegungsfreiheit der Flüchtlinge in Deutschland. Nach mehreren Beiträgen gegen die Residenzpflicht und rassistische Polizeikontrollen begaben sich alle in die U-Bahn und fuhren nach Ochsenzoll. Dort gab es zunächst erneut eine Kundgebung vor dem U-Bahnhof (Bild), dann marschierten alle Richtung Ortsende und durchbrachen schließlich auch symbolisch die Landkreisgrenze, in Form eines hoch gehaltenen rot-weißem Absperrbandes. Mit Hilfe der mitgebrachten Autos wurden dann nach und nach alle TeilnehmerInnen zum Abschiebeknast Glasmoor gebracht, wo mit viel Musik, Feuerwerksraketen und spontanen Redebeiträgen in verschiedenen Sprachen der Aktionstag seinen krönenden Abschluss fand. Grußworte gab es auch von einer Delegation von FlüchtlingsberaterInnen aus Griechenland, Frankreich und Italien. *lc*



## Kurdische Geschwister nun doch als Flüchtlinge anerkannt

NEUSTADT/WEINSTRASSE/HABLOCH. Die kurdischen Geschwister Mehmet und Raime Orak sollten schon im März abgeschoben werden. Auch der Petitionsausschuss des rheinland-pfälzischen Landtags mochte sich mehrheitlich nicht gegen die drohende Abschiebung einsetzen. Wir berichteten in den PB Nr. 14 von dem Kirchenasyl und dem anstehenden Prozess. Es ist einzig und allein einigen aufrechten und mutigen Leuten, wie dem Hablocher Pfarrer Hermann Münzinger, dessen protestantische Gemeinde das Gemeindehaus seit dem 26. Mai für ein Kirchenasyl zur Verfügung stellte, zu verdanken, dass das Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge den beiden den Flüchtlingsstatus nach der Genfer



Konvention und damit Abschiebeschutz zuerkannte. Großen Anteil an dieser doch noch positiven Entscheidung hatte auch eine Person, die durch akribische Arbeit nachweisen konnte, dass aus der näheren Verwandtschaft der Geschwister mindestens sieben Menschen durch türkische Sicherheitskräfte umgebracht worden sind. Das Leben von Mehmet, der den Kriegsdienst verweigert, und Raime wäre aufgrund ihres politischen Engagements akut gefährdet gewesen. Das noch laufende Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstr. ist mit dieser Entscheidung gegenstandslos. Ein Urteil wird es nicht mehr geben. *scr*

## Brandenburg: Erneut Nazi als V-Mann entlarvt

POTSDAM. Ein wegen Mordversuches verurteilter Neonazi ist vom Verfassungsschutz Brandenburg als V-Mann geführt worden. Die Parlamentarische Kontrollkommission des Potsdamer Landtages

befasste sich seit 1997 mit diesem Vorgang. Auch die PDS ist Mitglied des Ausschusses. Der damalige Innenminister Ziel (SPD) hatte die Grundsatzentscheidung getroffen, die von der Kommission „nach schwierigen und langwierigen Erwägungen“ mitgetragen wurde. Die Dienste des V-Mannes wurden monatlich mit bis zu 1000 DM entgolten worden. Das löste in der PDS wieder einen Streit über den Sinn der Tätigkeit in geheimen Parlamentsgremien aus. Die Berliner Landesvorsitzende, Petra Pau, erklärte in einem Interview im ND, dass „man Nazis nicht mit Nazis bekämpfen kann.“ Der V-Mann, der zu acht Jahren Haft verurteilt worden war, hatte sich aus dem Gefängnis heraus zur Mitarbeit beim VS angeboten. In Sachsen-Anhalt erklärte Matthias Gärtner, dass die PDS in Magdeburg „jegliche Mitarbeit in einem solchen Verdunklungsgremium abgelehnt“ habe. *abe, ND*

## Der Name Bersarins steht wieder im Ehrenbuch der Stadt Berlin

BERLIN. Das Abgeordnetenhaus Berlins entschied in einer Kampfabstimmung (88 Stimmen dafür, 70 dagegen), dass der Name General Bersarins, im Jahre 1945 für knappe zwei Monate Stadtkommandant von Berlin, wieder auf die Liste der Ehrenbürger der Stadt zu setzen ist. 1992 war sein Name von der Liste gestrichen worden, weil CDU-Kreise Bersarins Rolle im Zweiten Weltkrieg in Misskredit brachten und zu Verleumdungen und Verdrehungen der historischen Wahrheit griffen. An Hand von Dokumenten belegt das Buch „Bersarin, Nikolai“, das mit Unterstützung des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst herausgegeben wurde, dass Bersarin während seines Aufenthaltes in Fernost denunziert wurde und fast selbst Opfer Stalinscher Säuberungen geworden ist. Der einstmalige CDU-Landesvorsitzende Ernst Lemmer hatte Bersarin als einen Mann gekennzeichnet, dem nichts „wichtiger schien, als Berlin wieder lebensfähig zu machen.“ Der Antrag der Berliner Grünen, Bersarin zu ehren, wurde gegen die

CDU von SPD, Grünen und PDS im Abgeordnetenhaus durchgesetzt. *abe*

## Veranstaltung gegen die Politik der deutschen Burschenschaften

ERLANGEN. Das Antirassismusreferat der Studentischen Versammlung an der Uni Erlangen-Nürnberg lud am 15. Juli Prof. Dr. Ludwig Elm, Herausgeber und Mitautor des Sammelbandes „Füxe, Burschen, Alte Herren – Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute“, in den Senatssaal ein. In der Veranstaltung „Elite der Untertanen“ standen z.B. folgende Fragen zur Diskussion: Die Korporierten selbst sehen sich als Träger des Fortschritts. Wird diese Deutung in irgendeiner historischen Phase den Tatsachen gerecht? Waren Burschenschaften wirklich in ihren Anfängen progressiv? Welche Rolle spielten sie in der gescheiterten Revolution von 1848? Welche bei der Zerschlagung der Räterevolution von 1918/19 und später in der Weimarer Republik? Waren studentische Verbindungen im 3. Reich wirklich der Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt? Wie kommt es, dass die Korporationen nach 1945 trotz Verbot durch die Alliierten wieder erstarken konnten? Wie konnten die Korporationen die Studentenrevolte von 1968/69 beinahe unbeschadet überstehen. Sind die Verbindungen heute am Aussterben und können sie weiter Nachwuchs rekrutieren?“ – Das Antirassismus-Referat wird sich das Semester über mit den Burschenschaften in Erlangen beschäftigen. Trotz ihres eher lustig wirkenden Traditionsgebarens sind diese ein wichtiges Instrument, um die herrschende Elite mit „national gesinnten“ Nach-



wuchskräften zu versorgen. Seit ihrer Gründung stehen sie für vieles, worauf die Menschheit in Zukunft verzichten sollte: Deutschtum, Männerbünde, Elitedenken. Viele Burschenschaften vertreten offen rechtsradikale Positionen und suchen die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien. *Kontakt: Antirassismus-Referat, Turnstr. 7, 91054 Erlangen*

## 6. August: Lotusblüten für Hiroshima und Nagasaki

KIEL. Zum „Hiroshima- und Nagasaki-Tag“ am 6. bzw. 9. August erinnern weltweit Opfer, Hinterbliebene und NGOs an die Atombombenabwürfe von 1945 und fordern umfassende atomare Abrüstung. Verbunden damit ist in diesem Jahr der Aufruf zu Protesten gegen die US-Pläne für die Neuaufgabe des SDI-Raketenabwehrprogramms unter dem Namen NMD (National Missiles Defense).

Am 6. August ruft die Kieler Friedensbewegung zur mittlerweile 14. Lotusblütenaktion im Hiroshimapark, der mitten im Stadtzentrum von Kiel liegt, auf. Getragen wird diese Aktion von der Hiroshima-Arbeitsgemeinschaft, wo neben Friedensgruppen auch die Ratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mitarbeiten. Den Vorsitz hat die Stadtpräsidentin der Stadt Kiel. Die Aktion beginnt mit Informationsständen und dem gemeinsamen Basteln von Lotusblüten. Es folgt eine Ansprache der Stadtpräsidentin sowie weitere Rede- und Kulturbeiträge. Zum Abschluss werden die Lotusblüten auf den Kleinen Kiel gesetzt, ein Binnengewässer der Stadt, welches direkt am Hiroshimapark liegt.

Aktionsaufrufe und Stellungnahmen aus weiteren Städten sind zu finden bei [www.friedenskooperative.de/themen](http://www.friedenskooperative.de/themen)

## Studierende lehnen Chipkartensysteme an den Hochschulen ab

BONN. Der *freie Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs)* protestiert gegen die Empfehlungen der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zur bundesweiten Einführung von Chipkarten. Die „Rationalisierung von Verwaltungsvorgängen“, in der die HRK laut ihrer Pressemitteilung vom 5. Juli den besonderen Vorteil eines flächendeckenden Einsatzes von Chipkarten an Hochschulen sieht, bedeutet schlicht, dass Stellen in der Hochschulverwaltung eingespart werden sollen. In diesem Zusammenhang von einem „verbesserten Service für StudentInnen“ zu sprechen, ist fast zynisch, denn erstens verändert sich im Zuge der Stelleneinsparungen die Tätigkeit des Hochschulpersonals – und zwar weg vom direkten Umgang mit StudentInnen, hin zum Bedienen und Warten von Maschinen. Zweitens erweisen sich die Chipkartensysteme an den Hochschulen als Mittel zur besseren Beaufsichtigung aller, die an den Hochschulen lernen und arbeiten – das hat sich bereits in den Modellver-

suchen gezeigt. „Man wird die Chipkarten, einmal flächendeckend eingeführt, dazu nutzen, noch konsequenter die Bildung zu rationieren – sei es durch zusätzliche Restriktionen bei Überschreitung der Regelstudienzeit, sei es z.B. durch die – technisch dann ebenfalls mögliche – Behinderung der Teilnahme an fachfremden Veranstaltungen. Wer selbstbestimmtes Lernen und freien Zugang zu Bildungsressourcen für alle will, der kann die geplante Einführung der Chipkarten an den Hochschulen nur ablehnen“, kommentiert Kerry Sailer, Vorstandsmitglied der fzs. „Hatte man bei der ‚Asylcard‘ noch befürchtet, dass die Einpferchung und Abschiebung von Asylbewerbern durch den Einsatz von Chipkarten zwar vereinfacht werden könne, der Öffentlichkeit dann aber nur noch schwer zu vermitteln sei, weshalb man angeblich eine allgemeine ‚Bürgercard‘ braucht, sollen nun offenbar die Hochschulen als geeignetes Werbeumfeld für die Einführung von Chipkartensystemen erhalten“, so Sailer weiter.

[www.pbjacon.de/studierende-fzs](http://www.pbjacon.de/studierende-fzs)

## Netzwerk für eine demokratische Kontrolle der intern. Finanzmärkte

FRANKFURT. Am 19. Juni fand ein Initiativtreffen zur Gründung einer Regionalgruppe Rhein/Main des Netzwerks in Frankfurt statt. Alle Teilnehmenden sind sehr an der Gründung einer Regionalgruppe des Netzwerks interessiert. Besonders wichtig erschien es, einen konkreten Ansatzpunkt für eine Kampagne zu finden, um das Thema „vom Kopf auf die Füße“ zu kriegen. Die Tobin-Steuer (evtl. Divisendehandelssteuer/Devisenspekulationssteuer) wäre nach einstimmiger Meinung ein guter Aufhänger, auch wenn sich alle über ihre begrenzte Reichweite bewusst sind. Am 28. Oktober 2000 soll eine Auftaktveranstaltung stattfinden, mit der drei Ziele verfolgt werden: die Gründung einer Regionalgruppe Rhein/Main, die Vorstellung der Tobin-

Steuer als Kampagnenansatzpunkt und die Öffentlichkeitswirksamkeit durch eine symbolische Aktion vor der Börse.

*rüß, Gegenwind, Weinheim*

## Flüchtlings-Demonstration in Leipzig „Für unsere Würde“

LEIPZIG. Am 6. Juli zogen rund 700 Flüchtlinge und UnterstützerInnen durch die Leipziger Stadt. Die Flüchtlinge kämpfen bereits seit Anfang Juni für eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Dies geschah bislang durch Hungerstreiks, die Verweigerung der Annahme der Lebensmittelpakete und des Taschengelds (monatlich 80 DM), Resolutionen und Protestbriefe.

Während der Demonstration (siehe Bild unten) hielten verschiedene VertreterInnen der Flüchtlinge Redebeiträge. Vor dem Leipziger Rathaus verlasen sie ihren Forderungskatalog, den Flüchtlinge aus allen Leipziger Heimen verabschiedet haben. Die Hauptforderung der Flüchtlinge ist die Gewährung einer Arbeitserlaubnis. Diese Forderung wird gegenwärtig auch von der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Marie-Luise Beck, erhoben. Außerdem fordern sie die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Aufhebung der Residenzpflicht.

Die Demonstration endete am Leipziger Regierungspräsidium. Frau Reichel, Leiterin der Abteilung Inneres, hatte zu Beginn der Demonstration telefonisch die Bereitschaft zu einem Gespräch mitgeteilt. Eine Delegation von Flüchtlingen und UnterstützerInnen übergab dann den Forderungskatalog. Frau Reichel ließ sich jedoch auf keine Diskussion ein, sondern teilte nur mit, dass sie die Anweisungen des Sächsischen Innenministeriums zu befolgen habe.

Parallel zur Demonstration durch Leipzig fanden weitere Protestkundgebungen von Flüchtlingen in Grimma und Delitzsch (Sachsen) statt.

[www.free.de/antifa-leipzig](http://www.free.de/antifa-leipzig)



Demo am 6. Juli in Leipzig „Für unsere Würde – Geld statt Sachleistungen für Flüchtlinge“

(...) „In sprichwörtlich letzter Minute konnte Volker Beck weißen Rauch aufsteigen lassen“, kommentierte *Die Welt* unterm bezeichnenden Titel „Rot-grün schickt Christopher von der Street zum Standesamt“ am 24. Juni 2000 die Einigung der rot-grünen Regierung auf einen Gesetzentwurf zur Eingetragenen Partnerschaft („Homo-Ehe“). Die Ankündigung des grünen Bundestagsabgeordneten und Sprechers des konservativen Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD) und der Hinweis, der Entwurf solle noch vor der Sommerpause im Parlament diskutiert werden, hat bei zahlreichen emanzipatorisch arbeitenden Lesben-, Schwulen, Bi- und Transsexuellen-Gruppen, die seit Jahren gegen die Homo-Ehe kämpfen, Wut, Empörung und heftigen Widerspruch ausgelöst. Mit dieser „Kölner Erklärung“ zum CSD bekunden die unterzeichnenden Homo-Gruppen aus NRW ihre Weigerung, sich durch LSVD und Regierung vom – historisch erkämpften – Platz auf der Christopher Street zum Standesamt treiben zu lassen. Der Heimholung ins Hetero-Reich widersetzen wir uns entschieden. (...)

Die „wirkliche Wahlfreiheit“ haben die Strategen der Homo-Ehe indes nie gewollt. So sprach Volker Beck nicht nur gern vom „sittenbildenden Charakter“ der vor allem durch ihn betriebenen Integrationspolitik, im *Tagesspiegel* jubelte er am 13. Juni ganz ungeniert das – als rot-grünes „Projekt der Moderne“ deklarierete – Unterfangen einer konservativen Öffentlichkeit als „echte Einsparung für die Kommunen“ unter. Das Blatt verstand: „Eingetragene Partner müssen sich künftig bei Bedürftigkeit gegenseitig unterstützen, was etwa den Verlust der Sozialhilfe zur Folge haben kann.“ Verbesserte Sozialleistungen für gleichgeschlechtliche Paare gibt es dagegen nur, wenn, so Beck, „Kinder vorhanden sind“. Mit der gegenseitigen Unterhaltspflicht kehrt für die Beteiligten die Zwangsfamilie zurück, denn „die Verwandten eines Lebenspartners gelten mit dem anderen Lebenspartner als verwandtschaften“ (dpa, 23. Juni). Wahlverwandtschaften ade.

Wurde den Anhänger/innen des Wahlverwandtschaften-Konzepts immer wieder vorgeworfen, es sei schon deshalb unrealisierbar, weil die Änderung zahlloser Gesetze zu teuer und aufwendig sei, gilt nun gerade dies den Homo-Ehe-Befürwortern als Zeichen des Sieges.

„Das Gesetz“, so erklärte LSVD-Sprecher Beck am 16. Juni – diesmal in seiner Funktion als rechtspolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion – „wird ein Mammutwerk. Über hundert Gesetze müssen geändert werden, um für Schwule und Lesben umfassend Gerechtigkeit zu schaffen“. Gewiss: Umfassende Gerechtigkeit darf aufwendig sein und ruhig etwas kosten. Dass dies alles aber nur auf Drängen eines Verbands geschieht,

der gerade einmal 0,0005 Prozent (in Worten: Null Komma null null null fünf) aller bundesdeutschen Homosexuellen vertritt, macht deutlich, dass es hier tatsächlich um etwas anderes als den mehrheitlichen Willen von Lesben und Schwulen geht. (...)

Die Unterzeichner/innen sind entsetzt über das kaltschnäuzige Vorgehen des LSVD. Bis zur medienträchtig inszenierten Erklärung Becks – einen Tag vor dem CSD in der Bundeshauptstadt – hatte der „Marktführer in Sachen Schwulenpolitik“ Öffentlichkeit und Homo-Gruppen systematisch über den Stand seiner Geheimverhandlungen mit Justizministerin Däubler-Gmelin (SPD) getäuscht. So drohte der LSVD in den letzten Wochen der Bundesregierung immer wieder sinngemäß an, die CSD-Paraden zum Massenprotest für die Homo-Ehe zu machen, sollte bis dahin kein akzeptabler Gesetzentwurf vorliegen. Noch Ende Mai behauptete LSVD-Sprecher Michael Schmidt (SPD), der nach Angaben der Szenepresse über gute Kontakte zur Däubler-Gmelin verfügt, es läge „nicht einmal ein diskussionsfähiger Entwurf“ vor. Dies war jedoch nicht die einzige Propagandalüge des umtriebigen Homophilenverbands. So behauptete LSVD-Sprecher Klaus Jetz, ebenfalls im Mai, „Umfragen im Rahmen des CSD zeigen, dass 80 Prozent der befragten Homosexuellen eine Ehe eingehen würden, wenn sie denn könnten“.

Im internationalen Vergleich ist Jetz' Zahlenangabe dieser bislang nirgendwo bekannten „Studie“ geradezu grotesk, seriösere Erhebungen aus Skandinavien zeigen, dass maximal 5 Prozent der Homosexuellen tatsächlich eine registrierte Partnerschaft eingegangen sind. Und das, obwohl beispielsweise die dänische Regelung (wie auch die französische) weitergehend ist, als der deutsche Gesetzentwurf: Sie eröffnen beispielsweise, weil die sexuelle Orientierung der einzelnen Partner für die Absicherung einer sozialen Beziehung durchaus unerheblich ist, sogar Heterosexuellen die geschichtlich einmalige Möglichkeit, gleichgeschlechtlich zu „heiraten“. Die Hamburger Ehe, ein vom LSVD betriebenes Projekt, „konnten“ oder wollten binnen eines Jahres indes nur ganze hundert Paare Gleichgeschlechtlicher eingehen. Eine von der Universität Bamberg im Auftrag des Justizministeriums durchgeführte Studie zum Ehwunsch von Lesben und Schwulen – die erste und einzige überhaupt – wird vermutlich deshalb seit Monaten zurückgehalten, weil sie die genannten Zahlen eben nicht bestätigt und daher zur Zeit politisch „schädlich“ wäre. Auf deren Veröffentlichung darf man gespannt sein. (...)

**nach: Lokalberichte Köln 15, 14.7.2000**

*U*ngewöhnlich breit unterstützte Aktionen, die an vielen Orten die Anerkennung aufgeschlossener Politikerinnen und Politiker fanden – wüst diffamierende Angriffe auf der anderen: Das Verhältnis des Staats zur Homosexualität bleibt umkämpft. Viele – unmittelbar Betroffene und Mitmenschen – halten die Gleichstellung in Sachen Ehe, Sozial- und Familiengesetzgebung für eine dringliche demokratische Selbstver-



<http://www.queer.de>: Unterstützungsaufruf

Liebe Freundinnen und Freunde, Ihr alle habt die wütenden Ausbrüche und Reaktionen erlebt, die auf die Bundestagsdebatte zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft folgten. Wir müssen uns jetzt auf einen heißen Sommer vorbereiten. Dafür brauchen wir Eure Hilfe. Jede Frau und jeder Mann wird gebraucht: für Ideen, Aktionen, Vorschläge und auch Spenden. Wenn wir nicht von den Konservativen überrollt werden wollen, müssen wir jetzt die Gunst der Stunde nutzen. Noch ist die Bevölkerungsmehrheit auf unserer Seite. Die Stimmung kann jedoch kippen.

Deshalb möchten wir Euch bitten:

Bringt Euch ein mit Ideen und Vorschlägen, wie wir diesen Sommer und Herbst zu unserer aller Zufriedenheit bewältigen können!

<http://www.queer.de>: Wir haben fertig!

... Genau zum CSD-Wochenende in Berlin konnte damit die Botschaft unter das Homovolk gebracht werden. Perfektes Timing kann dieses dem Arbeitskreis nun bestätigen, wären die Proteste der CSD-Redner gegen die untätige Koalition doch andernfalls laut und auch für die Presse unüberhörbar gewesen. Das Gesetz, wie es ausgearbeitet wurde, regelt die familienrechtliche Anerkennung Eingetragener gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und schafft Rechtssicherheit beim Steuer-, Sozialversicherungs-, Beamten-, und Ausländerrecht. Enthalten ist jetzt auch die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Partner und das Kleine Sorgerecht für Kinder in der Partnerschaft. Insgesamt ist das Gesetz ein Mammutwerk. Über hundert Einzelgesetze müssen geändert werden, um für

ständigkeit. Andere gehen von ihrem begründeten Anspruch auf freiere Gestaltung der Lebensverhältnisse aus und wünschen den Rückzug des Staates. Stoff für harte Auseinandersetzungen. Wenn sich Betroffene in ihrem Anliegen von der rot-grünen Parteipolitik ausgenutzt und instrumentalisiert fühlen, so ist das verständlich; die reale Gefahr durch die heftigen Angriffen aus dem Unionslager, ist aber noch viel grösser. maf



Grosses Bild im Lokaltitel der Süddeutschen Zeitung. Wackelt ein Tabu?

Teilt uns mit, ob Ihr für Aktionen in Eurer Stadt zur Verfügung steht!

Spendet auf das Konto der Aktion Jarwort, Konto 1212, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 37020500, damit wir agieren können! Die Kirchen und die Spendenskandal-Partei verfügen über Unsummen für Kampagnen und Propaganda. Dem müssen wir etwas entgegenhalten.

Überzeugt die Leute in Eurem Bekanntenkreis, damit sie aktiv werden oder dem LSVD beitreten. Jede und jeder ist jetzt willkommen und wird gebraucht. Wir tun unser Bestes!

Sendet Eure Vorschläge an den LSVD, PF 103414, 50474 Kön, Fax 0221-925961-11 oder email: nrw@lsvd.de  
Viele Grüße, Michael Schmidt (für den LSVD-Bundesvorstand)

Schwule und Lesben die entsprechenden Angleichungen zu schaffen: Vom Steuerrecht bis zum Gesetz über die Krankenversicherung für Landwirte, vom Personenstandsrecht bis zum Entwicklungshilfegesetz, von der Strafprozessordnung bis zur Ausbildungsverordnung für Diätassistentinnen und Diätassistenten. Bis zum 27. Juni – nach Redaktionsschluss – wurde noch an redaktionellen Ergänzungen gearbeitet. An diesem Tag wird das Arbeitsergebnis zur Beratung und Verabschiedung den Fraktionsarbeitskreisen vorgelegt. Wenn von dort das Okay kommt, kann das Gesetz noch vor der Sommerpause von der Koalition in den Bundestag eingebracht werden. Dann beginnt der Kampf, das Gesetz möglichst schnell durch Bundestag und Bundesrat zu bekommen. •

## Jetzt „gegen Schwule und Lesben“?

# CSU: Neue Drohung gegen Minderheiten

„Wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben“, diese Frage war erwiesenermaßen dauernd an den Ständen und Eintragungsstellen zu hören, als die CSU 1999 ihre Unterschriftensammlung gegen die ursprünglich von den Regierungsparteien geplanten Einbürgerungserleichterungen durchführte.

Jetzt droht die CSU-Spitze mit einer Mobilisierung dumpfer Ängste und Haßgefühle „gegen Schwule und Lesben“. Sie „erwägt“ eine neuerliche Unterschriftensammlung gegen Vorhaben der Bundesregierung zur Verbesserung der rechtlichen Stellung homosexueller Lebenspartnerschaften.

Wieder geht es darum, gegen den elementaren Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz zu Felde zu ziehen. Denn nichts anderes fordern homosexuelle Paare für ihre Partnerschaften: die Möglichkeit, die materiellen Fragen, die ein dauerhaftes partnerschaftliches Zusammenleben aufwirft, rechtlich zu regeln (eben wie das heterosexuelle Paare in der Ehe und eheähnlichen Beziehungen auch machen). Zudem wäre eine rechtliche Gleichstellung auch ein wichtiges Signal gegen die alltäglichen Diskriminierungen, denen Minderheiten anderer sexueller Orientierung im Alltag, im Berufsleben, als Mieter etc. immer noch ausgesetzt sind, bis hin zur Bedrohung an Leib und Leben durch antischwule Gewalt.

Umgekehrt wird mit der Verhinderung eines Reformschrittes in Richtung auf Gleichberechtigung, noch dazu mit Hilfe der Mobilisierung der „Straße“, der pervertierten Anwendung von politischen Kampfmitteln, die von Bewegungen oppositioneller Minderheiten auf der Basis von Solidarität und Emanzipation „erfunden“ worden sind (Unterschriftensammlung), das gesellschaftliche Klima gegen die ausgegrenzten Minderheiten verschärft. Die Menschen, die hier leben und keine Deutschen sind, können von dieser Folge des CSU/CDU-Erfolges gegen das Staatsbürgerschaftsgesetz ein Lied singen: Jedes kleine Schweinchen fühlte sich ermutigt, im Alltag Ausländer zu demütigen, Dummheit und Brutalität sahen sich bestätigt und anerkannt, und rassistische Übergriffe nahmen zu.

Jetzt wittert die Reaktion offenbar erneut eine Chance, die Bundesregierung vorzuführen und den fortschrittlichen

Kräften in der Gesellschaft eine Niederlage zu bereiten, zugleich die eigene Massenbasis aus „normalen anständigen Deutschen“, die sich einerseits von Oben alles gefallen lassen, andererseits auf ausgegrenzten Minderheiten herumtrampeln, politisch in Stellung zu bringen.

„Die Bundesregierung versucht“, wettert CSU-Generalsekretär Goppel im Zusammenhang mit den homosexuellen Partnerschaften, „die Normen der abendländischen Gesellschaft zu verschieben.“ Und für die, die mit dem Abendland vielleicht nicht von vorne herein was anfangen können, legt Stoiber noch einen Schuß sozialer Demagogie drauf: In einer Zeit, da kinderreiche Familien „auf ein Stück Unverständnis in unserer Gesellschaft stoßen“, wolle die Bundesregierung „steuerliche Erleichterungen“ für homosexuelle Partnerschaften schaffen. „Das möchte ich mit der Bevölkerung der diskutieren, ob sie das akzeptiert oder nicht!“

Und das von denen, die sofort gegen „Sozialneid“ hetzen, wenn eine höhere Besteuerung großer Vermögen ins Gespräch gebracht wird.

Bei der Durchsetzung von Reformen in Richtung auf eine Gleichstellung schwuler und lesbischer Partnerschaften, bei der Zurückweisung der verlogenen Hetzkampagne der CSU geht es also nicht bloß einfach darum, anderen, „Betroffenen“ zu helfen.

Es geht darum, daß die Demokratie auf schwachen Beinen steht, soweit Minderheiten nicht gleichberechtigt sind.

Und darum, daß sie gefährdet wird, wenn Teile des Volkes kampagnenartig mobilisiert werden, um anderen Teilen die gleichen Rechte aggressiv zu verweigern.

Das sind gute Gründe, für alle politischen Kräfte, die eine demokratische und solidarische Gesellschaft befürworten:

- die Forderungen der Homosexuellen und ihrer Organisationen zu unterstützen,
- die Reformvorhaben der Bundesregierung gegen Rechts zu verteidigen,
- den politischen Hetzkampagnen der Reaktion in der Öffentlichkeit ebenso entgegenzutreten wie ihren „kleinen“ Ausläufern im Alltag, am Arbeitsplatz etc. (...)

M.B.



Der groteske Text (wer will schon die NPD heiraten) darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich blitzschnell ein Zusammenspiel zwischen dem Konservatismus und Rechtsextremismus entwickelt hat, dessen Gefährlichkeit vor dem geschichtlichen Hintergrund kaum überschätzt werden kann



Mahnmal schwuler Naziopfer in Köln



## Fraktionszuwendungen

KÖLN. Die PDS-Ratsgruppe begrüßt den Vorschlag des Bundes der Steuerzahler, die Fraktionszuwendungen nicht immer automatisch zu erhöhen. „Der Vorschlag einer öffentlichen Kontrolle sollte unbedingt aufgegriffen werden“, meinte Ratsmitglied Jörg Detjen. Die PDS-Ratsgruppe hatte als einzige Partei gegen die Erhöhung der Fraktionszuwendungen auf der Ratssitzung im Mai gestimmt. „Wenn CDU, FDP und Grüne den Kölnern die sozialen Leistungen kürzen, können sie sich nicht gleichzeitig die Aufwendungen erhöhen. Die Arbeitnehmer müssen jedes Jahr um ihre Erhöhungen streiten, die Rathausparteien genehmigen sich eine automatische Erhöhung“, meint Detjen. Dass die FDP die Erhöhung der Fraktionszuwendungen mit des Aufwand im Landtagswahlkampf rechtfertigt, ist ein Skandal sondergleichen. „Das ist Zweckentfremdung von städtischen Mitteln.“

## Einfluss des Stadtrats

AUGSBURG. Gegen die Anträge von SPD und Grünen, die seitens des Stadtrates Vorgaben für die Stadtwerke GmbH etwa bezüglich der Fahrplangestaltung im Nahverkehr erstellen wollten, setzte die CSU-Mehrheit im Rat durch, dass sich der Stadtrat in die Geschäftspolitik nicht einzumischen habe, sondern allenfalls Anträge an die Stadtwerke-Geschäftsleitung stellen könne, über die dann im Aufsichtsrat entschieden werde. Darüber wird es im Stadtrat nach den Sommerferien erneut eine Grundsatzdiskussion geben.

## Steuersenkungsgesetz

BERLIN. Die Steuerreform führt in der gegenwärtig vorliegenden Fassung für die Kommunen zu erheblichen Steuer- und Zuweisungsverlusten, die sich ab 2005 bereits auf über 10 Milliarden Mark summieren. Bund und Länder sind deshalb gefordert, gesetzliche Leistungspflichten mit dem Ziel der Entlastung der Kommunen zu überprüfen. Die heftig kritisierten überproportionalen Steuerverluste der Städte in Höhe von 18 Prozent waren während der Beratungen in den Ausschüssen reduziert worden. Sie liegen nun nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums bei etwa 12 Prozent. Das entspricht dem Anteil der Städte und Gemeinden am Steueraufkommen. Zustande kam diese Korrektur durch eine moderatere Erhöhung des Anteils von Bund und Ländern an der Gewerbesteuerumlage.

Der Deutsche Städtetag hält an seiner Forderung fest, die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zu befristen. Bund und Länder versuchen immer noch und weiterhin, große Teile ihrer Kosten des notwendigen Strukturwandels auf die Kommunen abzuwälzen. Den Städten

wird von Bund und Ländern häufig vorgehalten, dass es ihnen im Vergleich zu diesen ausgesprochen gut gehe. Dabei wird geflissentlich übersehen, dass bei den Städten durch eine strenge Haushaltskonsolidierung die Gesamtausgaben heute kaum höher sind als 1992. Der Preis dafür waren Einschränkungen städtischer Leistungen, der kontinuierliche Verfall der städtischen Investitionen und in strukturschwachen Städten dennoch kaum lösbare Haushaltsprobleme. Bund und Länder haben durch die genannten Gesetze wiederholt städtische Konsolidierungserfolge abgeschöpft.

## Wohnungsprivatisierung

BERLIN. Vor einem drohenden Totalausverkauf des kommunalen Wohnungsbestandes warnten am Donnerstag der Berliner Mieterverein (BMV) und der Landesbezirk Berlin-Brandenburg des DGB auf einer gemeinsamen Pressekonferenz. Mit der von der großen Koalition beschlossenen Privatisierung der Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbau-Gesellschaft (GSW), die alleine 70000 Wohnungen betrifft, und anderen bereits beschlossenen Veräußerungen würde der Bestand mittelfristig auf unter 200000 Einheiten sinken – ein wohnungspolitisches Desaster. Alternativen zum En-bloc-Verkauf der Wohnungen an Großinvestoren seien nicht einmal diskutiert worden.

Ein Angebot der GSW, eine Milliarde Mark aus eigenen Reserven an den Landeshaushalt abzuführen, wurde ebenso ignoriert wie der „sauber durchgerechnete“ Vorschlag der PDS, den Erwerb von Wohnsiedlungen durch Genossenschaften anzustreben, beklagte der Berliner DGB-Chef Dieter Scholz.

## Verkehrslenkung

BERLIN/KÖLN. Der Deutsche Städtetag begrüßt den Vorschlag der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“, Straßenbenutzungsgebühren für Lastkraftwagen einzuführen. Die Städte fordern aber, dass diese Schwerverkehrsabgabe nicht nur für Bundesautobahnen und Bundesstraßen gilt, sondern für alle Straßen. „Eine Schwerverkehrsabgabe, die nur auf Bundesfernstraßen erhoben würde, kann aber in den Ballungsräumen, in denen gut ausgebaute Landes- und Kommunalstraßen zur Verfügung stehen, zu einer unerwünschten Verlagerung auf diese bereits stark belasteten Verkehrswege führen. Dadurch ließe sich der Stadtverkehr künftig noch schwieriger steuern.“ Straßenbenutzungsgebühren für LKW seien umwelt- und verkehrspolitisch sinnvoll, weil so größere Anteile des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verlagert werden könnten.

Zusammenstellung: ulj



## Vor der Hauptverwaltung in Mannheim

# Südzucker Beschäftigte protestieren

Rund 1.500 Beschäftigte der Südzucker AG demonstrierten am Mittwoch, dem 21. Juni, gegen die Schließung der Werke Löbau, Delitzsch in Sachsen und Zeil in Unterfranken. Unterstützt wurden die Demonstranten von Beschäftigten aus anderen Südzuckerwerken, so aus Regensburg, Marburg, Groß-Gerau und weiteren Standorten. Auch Mitglieder der ÖTV und der IG Metall beteiligten sich an dem Protestmarsch.

Ziel war der Sitz der Hauptverwaltung der Südzucker AG im Mannheimer Villenviertel, der Oststadt, wo am selben Tag eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung stattfand, auf der die Schließungen verhandelt wurden. Grund für die Schließungen seien sowohl eine Vereinbarung zwischen der Welthandelsorganisation und der EU, nach der der Zuckerexport gesenkt werden müsse, als auch die Weltmarktpreise.

Auf der Kundgebung, die von der Mannheimer NGG-Vorsitzenden, Hilde Seibert, eröffnet wurde, betonte der Bundesvorsitzende der NGG, Franz-Josef Möllenberg, – zugleich auch Mitglied des Aufsichtsrats – dass alle Arbeitnehmervertreter des Gremiums, auch die aus anderen Werken, geschlossen gegen die Vorhaben der Unternehmensleitung stimmen werden. Die Pläne des Vorstandes seien nicht nachvollziehbar. Alle 14 Südzucker-Fabriken in Deutschland schrieben schwarze Zahlen. Es gebe keine wirtschaftliche Notwendigkeit, auch nur eine davon zu schließen. Anfang Mai habe ihn die Nachricht der Pläne aus heiterem Himmel ereilt, dass die Standorte bis Ende des Jahres geschlossen würden. Aber bereits durch die Ankündigung von Widerstand habe der Vorstand einen kleinen

„Rückzieher“ gemacht und die Schließung der Werke auf den 31. 12. 2001 hinaus geschoben. Auch die müssten verhindert werden. Eine soziale Kahlschlagpolitik sei mit ihm nicht zu machen, so Möllenberg weiter. Trotz der Quotenkürzungen und der Weltmarktpreise gebe es keinen Grund, Fabriken zu schließen. Es müssten alle Ausbildungs- und Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die Südzucker AG sei national und international ein äußerst erfolgreiches Unternehmen, das die Kolleginnen und Kollegen vor Ort aufgebaut hätten. Um diesen Verdienst wolle man sich nicht bringen lassen. Deshalb werde an allen Standorten gekämpft. Es gehe um die Existenz und die Zukunft der Familien aller Beschäftigten. Er warf dem Vorstand Konzeptionslosigkeit vor. Dieser ziehe sich darauf zurück, dass bereits 1994 ähnliche Pläne vorgesehen waren. Aber auch damals habe man sich erfolgreich gewehrt. Er habe den Eindruck, Konzeptionslosigkeit läge auch im „Nicht-Zucker-Bereich“ vor. So gehe es in Nürnberg bei Schöller und in Mettmann bei Eismann, um 250 bzw. 300 Arbeitsplätze, die vernichtet werden sollen. Man werde nicht mehr dulden, auf der einen Seite steigende Gewinne, auf der anderen Seite Menschen, in die Arbeitslosigkeit geschickt werden sollen.

Ebenso wolle man gemeinsam mit den Zuckerrüben-Landwirten – gerade in den bereits von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen ländlichen Regionen von Löbau, Delitzsch und Zeil – vernünftige Regelungen schaffen. Allein in Delitzsch seien über 30.000 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt worden. Ähnliches vollziehe sich auch an den anderen Standorten mit Unterstützung der Politik und der Kirchen.

Auch Hanjo Lucassen, DGB-Vorstand aus Sachsen, betonte, es gäbe keine plausible Erklärung, Betriebe, die schwarze Zahlen schrieben, zu schließen. Es gehe lediglich um die Maximierung der Profite und die Dividenden der Aktionäre. Um jeden einzelnen Arbeitsplatz werde gekämpft, sonst werde der größte Arbeitgeber in den Ostregionen Herr Jagoda sein. Der Sächsische Landtag habe sich fraktionsübergreifend, d.h. CDU, SPD und PDS, positioniert, dass die Zuckerstandorte erhalten bleiben müssen. Die Sächsische Staatsregierung sei aufgefordert, beim Vorstand und beim Aufsichtsrat tätig zu werden. Wer nicht kämpfe, habe bereits verloren. Die Betroffenen hätten bewiesen, dass sie kämpfen könnten, dies hätte die ersten Erfolge gezeigt.

Auch Rainer Hofmann, Betriebsratsvorsitzender (BRV) aus Zeil, Rüdiger Omlor, BRV aus Delitzsch, und Hartmut Arndt, BRV aus Löbau erklärten übereinstimmend, dass man kämpfen wolle, bis die Schließung der Betriebe zurück genommen werde.



Jetzt, da die Auflagen der Treuhand zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Investitionszulagen abgelaufen seien, solle ein rentabel arbeitender Betrieb geschlossen werden, in den noch in diesem Jahr mehr als eine Million DM an Investition geflossen sei, in den insgesamt 160 Millionen DM investiert wurden, davon mehr als 14 Millionen Fördermittel. Alle Fakten müssten vom Vorstand auf den Tisch gelegt werden. Wenn sich die Situation vor Ort zuspitze, sei die Unternehmensleitung selbst dafür verantwortlich. Man sei nicht länger bereit, sich hinhalten zu lassen. Heute seien es die betroffenen Standorte, morgen könnten es bereits weitere sein. Um das sogenannte „Strukturprogramm 2000“ zu verhindern, lohne es sich allemal zu kämpfen. Omlor führte unter anderem in seiner Rede Roman Herzog an, der mit folgendem Zitat dem hemmungslosen Gewinnstreben eine klare Abfuhr erteilte: „Wer sich nur am Aktienstand orientiert, ist ein Schwachkopf. Guter Wille und Loyalität der Arbeitnehmer sind weiterhin wichtige Faktoren für ein Unternehmen.“

Der Leipziger Regierungspräsident Walter C. Steinbach, Mitglied des Aktionsbündnisses gegen die Schließungen, legte dar, dass die bereits gesammelten Unterschriften als deutliches Zeichen für den Widerstand in der Region stände. Solange man Belegschaften und Betriebsräte habe, wie sie heute in Mannheim und in den Regionen vertreten seien, sei es ihm um den Erfolg des Kampfes nicht bange. Man dürfe die Geduldsprobe nicht zu lange stellen. Ein weiterer Erfolg könne man heute durch die Protestaktion verbuchen. Wenn der Aufsichtsrat und der Vorstand der Südzucker AG nicht zur Vernunft komme, werde es viele weitere solcher Aktionen geben, bis der Erhalt der Standorte gesichert sei. Gespannt sein darf man auf die Hauptversammlung, die am 24. August in Mannheim stattfindet.

Helmut G. Roos

Wirtschafts-  
presse

## DIHT lehnt Flughafenkonzept der Regierung ab. – HB,

Freitag / Samstag, 7./8.7.

2000. – Der DIHT hat den Regierungsentwurf eines Gesamtkonzeptes für die deutschen Flughäfen als „enttäuschend und widersprüchlich“ bezeichnet. Jede Limitierung des Luftverkehrs schwäche den Export und erschwere den Import. Das Konzept stelle so eine Verhinderungsstrategie gegen Wirtschaft und Beschäftigung dar. Der DIHT forderte Verkehrsminister R. Klimmt auf, das Papier vollständig zu überarbeiten.

## Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit mit Billigangeboten. – HB, Montag, 10.7.2000.

– Die Arbeitgebervertreter im Bündnis für Arbeit wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, dass die Finanzierung des Sofortprogramms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit weiter aus Steuermitteln bezuschusst wird. Der DIHT forderte die Bündnispartner erneut auf, „praktische Tätigkeiten“ wie etwa Bodenleger oder Maschinenführer zu schaffen.

## Job-Rotation soll Arbeitsplätze schaffen. – Im Bündnis für Arbeit wurden

sich die verschiedenen Parteien einigen, neue Rahmenbedingungen für lebenslange Qualifizierung zu schaffen. Dabei soll die neue Jobrotation eingeführt werden. Danach wird für einen sich weiterbildenden Arbeitnehmer vorübergehend ein Arbeitsloser eingestellt. Zeitinvestitionen, also angehäuften Überstunden der Beschäftigten, sollen nach diesem Modell die Grundlage der Qualifizierungsmaßnahmen bilden.

## Überstunden-Abgeltung zukünftig durch erzwungenen Wertpapiererwerb. – HB, Mittwoch, 12.7.2000.

– Überstunden sollen künftig nicht mit Barlohn, sondern mit Zeit-Wertpapieren abgegolten werden. Nach dem Plan, der von der BDA und dem DGB ausgehandelt wurde, sollen in Tarifverträgen Jahresarbeitszeiten vereinbart werden. Darüber hinausgehende Arbeitszeiten sollen mit neuartigen Wertpapieren abgegolten werden. Das Zeit-Wertpapier soll keine Gutschrift des Arbeitgebers, sondern eine Beteiligung an einem Aktien- oder Rentenfonds oder ein Sparbrief einer Bank oder Sparkasse sein. Damit soll sichergestellt sein, dass die Gutscheine bei einer Insolvenz des Arbeitgebers nicht verfallen. Im Todesfall soll auch eine Vererbung möglich sein. Zudem sollen die Zeitguthaben auf diese Weise verzinst werden, also in ihrem Wert steigen.

Presseauswertung: rst

**DER SÜDZUCKER-KONZERN:** 30000 Beschäftigte weltweit. UMSATZ: 8,8 Mrd. DM (1999), davon 4,2 Mrd. DM in der BRD. GEWINN: 335 Mio DM (1999), EIGENKAPITAL-RENDITE 17,7 Prozent, DIVIDENDE 17,- DM je 50,- DM-Aktie (1999)



Am 15.7. fand in der Deutsch-Ausländischen Begegnungsstätte in Hamburg-Eimsbüttel die **Mitgliederversammlung des PDS-Landesverbandes Hamburg** statt.

Wie berichtet, hatte sich der Landesarbeitsausschuss, vollständig durch die Gruppierung um die studentische Liste Links gestellt, geweigert, die Landesmitgliederversammlung entsprechend dem Beschluss der Mitgliederversammlung vom 17.6. vorzubereiten. Dabei deckte ihn die Landesschiedskommission, ebenfalls Liste Links, durch einen Beschluss, der ohne Anhörung der Antragsteller gefällt wurde. Die Bundesschiedskommission hob den Beschluss indes auf und wies den Arbeitsausschuss an, die Materialien der von der LMV ernannten Vorbereitungsgruppe den Mitgliedern zuzuschicken. Doch wer geglaubt hätte, die Liste Links respektiere wenigstens die Regeln innerparteilicher Auseinandersetzungen, die sich die Mitglieder der PDS freiwillig gegeben haben, sah sich getäuscht. Sie nutzte die Chance zur Besinnung nicht. In fast schon gewohnt autokratischer Manier ignorierte der Landesarbeitsausschuss den Spruch der Bundesschiedskommission und lud zu einer Versammlung am 15.7. in der Landesgeschäftsstelle ein. Gleichzeitig kündigte er über die „junge Welt“ den Weg zum Gericht an. Es ist also zu befürchten, dass die Auseinandersetzung, nun zwischen der Liste Links und der Gesamtpartei, noch eine Zeitlang andauert. Es geht dabei um die wichtige Frage, welche Rechte die Mitglieder in der PDS und ihren Gliederungen haben. Steht ihnen das Recht zu, die Tagesordnung für Mitgliederversammlungen zu beschließen, und sind die Gremien an solche Beschlüsse gebunden – oder entscheiden Vorstände selbstherrlich, was die Mitglieder zu diskutieren und abzunicken – mehr wär's dann ja nicht – haben. Wenn die Auseinandersetzung auch nicht beendet ist, ist eine wichtige Vorentscheidung gefallen: 42 Mitglieder und 7 stimmberechtigte Sympathisantinnen und Sympathisanten kamen, neben zahlreichen Gästen, zur Landesmitgliederversammlung, trotz mehrerer desinformierender Rundschreiben des alten Landesarbeitsausschusses. Wichtig auch, dass diese 49 Stimmberechtigten eine ziemlich große Bandbreite der in der PDS vorhandenen politischen Auffassungen repräsentierten. In der Landesgeschäftsstelle versammelten sich mit ca. 35 Mitgliedern und Sympathisanten zwar noch recht viele, aber eben doch eine deutliche Minderheit. Ob wenigstens das der Liste Links zu denken gibt? scc

Zum Ergebnis der Landesmitgliederversammlung die folgende Presseinformation des neuen Landesarbeitsausschusses: **PDS Hamburg wählte neuen Vorstand – Zeichen für Kooperation nach innen und außen.** Hamburg, 15.7.2000 –

Die PDS Hamburg hat einen neuen Vorstand. Auf der Landesversammlung der PDS Hamburg am 15.7.2000 in Hamburg-Eimsbüttel wurden sämtliche Vorstandsfunktionen sowie die Landesschieds- und Landesrevisionskommission neu besetzt. Damit fand der Konflikt, der sich in der PDS Hamburg in den vergangenen Wochen zuspitzte, sein vorläufiges Ende.

Schwerpunkt der Landesversammlung war die Debatte um die zukünftige Arbeitsweise des Landesvorstandes und die Möglichkeiten zur Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen 2001. In der Debatte wurde deutlich, dass die weit überwiegende Mehrheit der Mitglieder der PDS Hamburg für eine klare sozialistische Perspektive und für eine auf die Menschen bezogene Politik eintritt. Hierzu gehöre insbesondere, „dass zukünftig Überzeugungsarbeit vor allwissender Überheblichkeit geht und so wie auf dieser Versammlung solidarisch gestritten werden kann“, so ein Versammlungsteilnehmer.

Die PDS Hamburg wird zukünftig ihre Tätigkeit auf die Politikfelder Bildungspolitik, Verkehrs- und Umweltpolitik, Antirassismus und Flüchtlingspolitik, Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik konstruktiv erweitern. Dazu gehört, dass der Landesvorstand den Mitgliedern einen konkreten Vorschlag zu einem Arbeitsprogramm vorlegen soll, das auch die Arbeit in politischen Projekten ermöglichen wird.

Zukünftig werden alle Gruppen der Partei, entsprechend der Möglichkeiten des Landesverbandes, gleich behandelt.

Vor den Vorstandswahlen wurde ebenfalls über die Möglichkeiten und Formen einer Beteiligung der PDS Hamburg an den Bürgerschaftswahlen im Herbst 2001 debattiert. Auch hier war die Debatte vom Willen zur Kooperation innerhalb der Hamburger Linken geprägt. Die Versammlung hat den neuen Vorstand beauftragt, vor einer endgültigen Entscheidung, mögliche Bündnispartner zu Gesprächen und zu öffentlichen Foren einzuladen.

Im seinem Schlusswort sagte der neu gewählte Landesgeschäftsführer: „Diese Versammlung hat gezeigt, dass die Mehrheit der Hamburger PDS-Mitglieder in der Lage ist, das inhaltlich Gemeinsame zu betonen, ohne dabei die Unterschiede zu verwischen. Diese Landesversammlung ist der Neuanfang und gibt der Hamburger PDS endlich eine linke und sozialistische Perspektive.“

Der PDS-Vorstand will bis zum 18. August den Leitantrag für den **nächsten Parteitag** vorlegen. Erste Zusammenfassungen vom Entwurf sind im jüngsten Presseedienst Nr. 27 nachzulesen.

Die Mehrheit der PDS-Bundestagsfraktion ist gegen die **Doppelspitze** für den Fraktionsvorsitz. Eva Bulling-Ströter

wird aber nicht gegen Roland Claus um den Fraktionsvorsitz kandidieren.

Der **Thüringische Landtag wählte** mit 60 Ja-Stimmen und 19 Nein-Stimmen die von der PDS vorgeschlagene Weimarer Rechtsanwältin Iris Martin-Gehl zur **Verfassungsrichterin**.

In einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 11. Juli sprach sich der **PDS-Vorsitzende Bisky für mehr antifaschistische Arbeit der PDS** aus: „Auch meine Partei, die PDS, muß einen Schritt weitergehen. Ich bin bereit, das auch als Kritik an uns zu akzeptieren. Man muss schon fragen, ob bei uns noch die lebendige Bereitschaft herrscht, sich gegen Rechtsradikale einzusetzen. Wir verlassen uns zu sehr auf unsere jungen Leute, die Antifa-Arbeit machen. Die PDS muß den aktiven Antifaschismus, eine gute Tradition der DDR, wiederbeleben.“

**PDS Mecklenburg-Vorpommern stimmte Steuerreform der Regierungs-Koalition zu:** Vor der Abstimmung über die Steuerreform im Bundesrat traf sich Bundeskanzler Schröder mit der Führung der PDS aus Mecklenburg-Vorpommern. Das Ergebnis ist bekannt: Die PDS hob ihre ursprünglich ablehnende Haltung auf und stimmte der Steuerreform zu. Das von SPD/PDS regierte Mecklenburg-Vorpommern stimmte so im Bundesrat für die Steuerreform. Noch vor Tagen wurde erklärt, dass die Schweriner Landesregierung sich der Stimme enthalten wolle.

Erstmalig gab es auf der Ebene des Bundeskanzlers Gespräche mit der PDS. Die Reaktion der CDU zu diesem Vorgang ist klar: Schröder erkaufte sich auch mit den Stimmen der SED-Nachfolgerin PDS den Abstimmungssieg. Geht man nach der Einschätzung Helmut Holters, Minister in der Schweriner Regierung, habe das Gespräch beim Kanzler Verbesserungen für den Mittelstand und das Handwerk gebracht: Firmenübergänge sollen fiskalisch erleichtert und bei Veräußerungsgewinnen soll ihnen Steuerfreiheit gewährt werden. Auch im Länderrfinanzvergleich würden sich günstigere Bedingungen ergeben. Der Kanzler habe – so Holter – auch künftig Konsensrunden mit der PDS-Spitze in parteiübergreifenden Fragen, z.B. Rentenreform, zugesagt.

PDS-Vorsitzender Bisky hatte zuvor die prinzipiell ablehnende Position seiner Partei zur Steuerreform unterstrichen. Allerdings hatte Bisky den Landesverbänden freie Entscheidungskraft zu gestanden. Gleichzeitig jedoch hatte Bisky als Fraktionsvorsitzender der PDS im Potsdamer Landtag die Regierungskoalition Brandenburgs aufgefordert, für die Steuerreform zu stimmen. Sie könne ohnehin nicht mehr als „verschlimmbessert“ werden. Im Interview

mit der Zeitung *Neues Deutschland* äußerte die Schweriner Finanzministerin Sigrid Keler (SPD) noch am 13. Juli, „es ist doch sonnenklar, dass die jetzt vorliegende Steuerreform neue Löcher in den öffentlichen Haushalten nach sich zieht“. Womit zumindest in einem Falle auf eine der schwachen Seiten dieser Reform verwiesen wurde.

Verfolgt man nun die in der PDS laufende Diskussion um ihren weiteren Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft, so erfährt man, dass die PDS dabei ist, sich ihren Partner, nämlich die SPD, auszusuchen, um mitregieren zu können. Der Schritt in Mecklenburg-Vorpommern ist ein Schritt in diese Richtung.

Steht das im Widerspruch zu der grundsätzlich abgegebenen Erklärung der PDS-Spitze, die Steuerreform Schröder/Eichel abzulehnen? Sicher ja. Im Positionspapier der Grundsatzkommission der PDS wird gesagt, dass „die SPD und Grüne linke Ansprüche und Positionen weitgehend aufgegeben haben. Ein großes linkes Vakuum ist entstanden.“ Erinnerungen an den Rücktritt Oskar Lafontaines kommen auf, der sicher auch wegen der Debatte um die Steuerreform 1999 zurücktrat, weil er seine Konzeption nicht durchsetzen konnte. Hans Eichel forcierte seine Sparpolitik und setzte nun gemeinsam mit Bundeskanzler Schröder die Steuerreform durch.

Es ist sicher richtig, wenn die PDS bestrebt ist, das auszufüllen. Die Steuerreform allerdings – so scheint es – trägt starke neoliberale Züge. Sie verschafft den Großunternehmen erhebliche Vorteile; die den breiten Massen versprochen werden selbst von Experten bezweifelt. Taucht die Frage auf, ob die PDS es sich leisten kann als oppositionelle Partei, Positionen aufzugeben, die durch Zugeständnisse bei ihrer Anerkennung als dritte politische Kraft in der Bundesrepublik kompensiert werden könnten. Es steht außer Frage, dass die PDS – einmal gewählt – auch Verantwortung übernehmen muss. Zweifelhaft aber ist, ob gerade die Steuerreform das geeignete Objekt war, schließlich doch zurückzustecken.

Stehen hier politische Zweckbündnisse zur Debatte, wäre das nicht der richtige Weg für die PDS. Dass eine Steuerreform her muss, steht außer Zweifel. Nur scheint der Preis der „Gegenleistung“ keinesfalls dem Grundanspruch der PDS – sozial und solidarisch – in geeigneter Weise zu entsprechen. Sie will Nein sagen „zu allen Entwicklungen, die die Dominanz des Kapitals stärken.“ (Positionspapier der Grundsatzkommission). Im Falle der Steuerreform tut sie es nicht, wenn sie als Koalitionspartner der SPD in Mecklenburg-Vorpommern zustimmt. *abe*

*Zusammenstellung: jöd*

## Zur Kampfhunddebatte

# Große Hunde in der Großstadt – ein Problem

Der tragische Tod des sechsjährigen Volkan, der beim Spiel auf dem Schulhof von zwei Kampfhunden buchstäblich zerfleischt wurde, und die öffentlichen Reaktionen auf diesen Tod beunruhigen. Dazu einige Gesichtspunkte.

### Angst

Die Haltung großer Hunde – d.h. von Hunden, die einst als Haus- und Hofhunde gezüchtet und gehalten wurden – in der Großstadt mit ihren beengten Wohnungen, der Zusammenballung großer Bevölkerungsgruppen auf engstem Raum, mit ihrem Lärm und Verkehr und dem absoluten Mangel an ausreichenden Auslaufmöglichkeiten ist nicht artgerecht; sie birgt ein Risiko für Unversehrtheit und sogar Leben von Menschen.

Nun ließe sich leicht beweisen, dass etwa PKWs vom Typ Mercedes mehr Kinder verletzen und töten als alle großen Hunde zusammengenommen. Doch dieses Argument, das das Risiko zu relativieren sucht, trifft nicht richtig. Es beruhigt die Angst nicht, die viele Menschen vor großen Hunden verspüren. Und: Über den Preis, den die hohe Mobilität kostet, kann, ja muss gestritten werden. Aber er rechtfertigt den Preis, den die Haltung großer Hunde fordert, in keinem Fall.

Auch das Argument, es sei beim Halter anzusetzen, würden die Halter auf ihre Eignung kontrolliert, sei die Haltung großer Hunde eher unproblematisch, ist zwar nicht einfach falsch, löst aber das Problem nicht. Auch wenn Aggressivität und Gewalttätigkeit von Haltern ein Faktor der Gefährdung sind – die reale Gefährdung und die Angst vor großen Hunden bestehen eben auch unabhängig davon. Die akuten Gefährdungslagen entstehen überwiegend nicht dadurch, dass Halter ihre Hunde loshetzen, sondern dadurch, dass sie ihre Hunde nicht halten können. Auch wenn von den Fällen abgesehen wird, in denen Hunde von ungeeigneten Haltern noch besonders scharf und aggressiv gemacht werden: Große Hunde leiden generell unter den Großstadtbedingungen, werden in ihrem natürlichen Verhalten gestört und damit auch unberechenbar, potentiell unberechenbar, wild. Die Angst vor ihnen fußt auf der Angst vor Unberrschtem in der ansonsten so beherrschten Welt. Sie hat einen realen Kern und ist zugleich Nährboden für Irrationalität.

### „Kampfhundfrei“

„Ich hoffe“, kommentierte der Hamburger SPD-Fraktionsvorsitzende Holger Christier die neue Hamburger Hundeverordnung, „dass Hamburg mit Ablauf

der Übergangsfrist kampfhundfrei sein wird.“ (PE SPD-Fraktion, 28.6.) Laut der neuen Hundeverordnung werden u.a. drei Kampfhundarten als „unwiderlegbar“ gefährlich vermutet, ihre Haltung wird grundsätzlich verboten, die Tiere werden eingezogen und sollen, wenn „Gefahr für Mensch und Tier“ attestiert wird, eingeschläfert werden. „Nur ein toter Kampfhund ist ein guter Kampf“, überschrieb Herbert Kremp in der Berliner B.Z. (27.6.) einen Artikel, in dem er fordert: „Die Beißer müssen beseitigt werden.“



Die öffentliche Diskussion der letzten Wochen ist durch gefährlich strukturierte Gedanken beherrscht: Ungezügelter Gewalt bis hin zur Ausmerzung verspricht die Herstellung von Sicherheit und Ordnung.

### Kampfhunde

Die Züchtung von Kampfhunden, von Hunden als Hilfe zur und Verstärkung der Gewalt des Menschen ist alt. Griechen, Römer, Ägypter, Assyrer, Germanen ... setzten große Hunde in ihren Kriegen ein, Sklavenhalter hielten große Hunde als Waffen zur Unterdrückung der Sklaven, große Hunde wurden eingesetzt in Gladiatorenkämpfen, sie dienten als Waffen gegen Raubtiere wie als Jagdhunde für großes Wild. Bullterrier wurden ebenso wie Rottweiler als Ochsentreiber gezücht-

tet, ihnen wurden die dafür nötigen Eigenschaften wie Unempfindlichkeit gegen Schmerz und hohe Bisskraft angezüchtet. Bis heute spielen solchermassen zu Waffen menschlicher Gewalt gezüchtete und dazu gedrillte Hunde beim Militär und nicht zuletzt bei der Polizei eine große Rolle.

In der Züchtung spiegeln sich gesellschaftliche Kulturgüter wider, in der deutschen Hundezucht etwa Führer, Herrschaft, Gefolgschaftstreue, Gehorsam gegenüber dem Herrn und „natürliche Aggression“ gegen Fremde. Nicht umsonst gilt der Deutsche Schäferhund nicht nur wegen seines Namens als deutsch. Von seinem „Rassestandard“ heißt es in den amtlichen Festlegungen des Vereins für Deutsche Schäferhunde etwa, er müsse „führig“ sein, „Mut, Kampftrieb und Härte“ besitzen und sei dadurch als Begleit-, Wach-, Schutz-,

Dienst- und Hütehund besonders geeignet.

#### Schutz der Bevölkerung vs. Tierschutz?

Das öffentliche Problem besteht darin, Menschen vor Angriffen von Hunden zu schützen und die Wiederholung eines tödlichen Überfalls zu verhindern und dabei die Tiere vor menschlichem Missbrauch zu schützen. Die Verwendungszwecke, die Hunde zu Waffen menschlicher Gewalt machen, sind verächtlich und müssen geächtet werden, das schließt das Verbot entsprechender Züchtung und entsprechender Abrichtung ein (und gilt auch für Polizeihunde). Die Großstadt, der öffentliche Raum als Ort der Arbeit, der Reproduktion, des Aufenthalts, der Kommunikation ist für die Haltung großer Hunde ungeeignet. Dieses Problem lässt sich auch nicht durch Leinen- und Maulkorbzwang lösen, d.h. durch

Zwangsmaßnahmen, die, darauf verweist der Bundesverband Praktischer Tierärzte in einer Stellungnahme (4.7.), auch bei friedlichen Tieren Aggressionen aufbauen können. So können Hunde einen Temperaturschlag nur über die Atmung mit geöffnetem Fang unter Einbeziehung der Zunge regulieren (Hecheln), der Maulkorbzwang hindert sie und bedeutet Qualerei.

Eine wirkliche Lösung des Problems wird nicht ohne sachgerechte, differenzierte Diskussion und nicht ohne Einbeziehung von Betroffenen und Fachleuten gefunden werden können, also nicht ohne die Vereinigungen der verschiedenen Haltergruppen, Tierheime, Verbände der Tierärzte und ihre Mitwirkung.

Wirklich abstoßend und gefährlich ist die Lust, die manch vorgebliche Menschenschützer an der Abschlägerei von Hunden entwickeln. sc

## Besonderheiten aus dem Wirtschaft- und Steuerwesen des alten Griechenland

# Wenn Reiche freiwillig zahlen

### Geografie ermöglicht Geschichte

Griechenland gehört zum Festlandssockel des Balkan im nordöstlichen Teil des Mittelmeeres. Dreiviertel des Landes besteht aus zerklüfteten bis zu 3.000 m hohen Gebirgen, dazwischen liegen Ebenen, Hochebenen und Niederungen. Sie liefern nutzbare Wälder, fruchtbares Weide- und bebaubares Ackerland. Ein Fünftel des Landes besteht noch heute aus Inseln im Mittelmeer, hier und an den Küsten siedelten die ersten Bewohner des Landes. Die geografische Lage ermöglichte die Herausbildung eigenständiger und stark unabhängiger Wirtschafts-, Herrschafts-, Sprach- und Kulturbereiche. Ein- und Auswanderungen, Handel und Expansion, über Land zum Balkan im Norden und per Schiff nach Kleinasien im Osten und von Italien bis Spanien im Westen sind seit dem 6. Jahrtausend v.Z. (vor unserer Zeitrechnung) belegt.

Das Land hat ausreichend gute Böden für den Anbau von Getreide, Gemüse, Obst, Früchte, Wein und Öl. Auf den Weiden lassen sich Herden von Schweinen, Schafen, Ziegen, seltener Rinder halten, den Transport besorgen Esel und Maultiere, nur in Thessalien gibt es Pferde. Die Wälder liefern Holz für den Haus- und Schiffbau, sowie Holzkohle zum Schmelzen von Metallen. Letztere müssen bis auf das Silber aus Laurion, in der Nähe Athens, von weit her aus dem Ausland importiert werden.

### In den Anfängen...

Um 2.000 v.Z. dringen aus Anatolien Siedler ins Land ein, um 1450 und 1200 v.Z. folgen indogermanische, dorische und ionische Gruppen vom Balkan her. Auf Kreta und dem Festland entstehen erste bedeutende Hochkulturen, die mi-

noische und mykenische. Ihre bäuerlichen Gemeinschaften sind familiär und stammesmäßig strukturiert. Sie leben von den Erträgen der Landwirtschaft und dem Fischfang, von Handel und Seeräuberei.

Ab dem 13. und verstärkt zwischen dem 8. und 6. Jhd. wandern griechische Familien, Stämme und Gruppen ihrerseits in die umliegenden Regionen des Mittelmeeres aus, nach Zypern, an die Küste Kleinasien, ans Schwarze Meer, nach Italien, Sizilien und Sardinien, dann weiter bis zu den „Säulen des Herakles“ ans äußere westliche Ende des Mittelmeeres. Auch andere „Seevölker“ sind unterwegs, eine starke Konkurrenzgruppe bilden die Phönizier, die von Tyrus aus nach Karthago und Spanien ziehen. Eine beherrschende Handelsmacht wie dieses Volk im westlichen Teil des Mittelmeeres oder gar eine das Mittelmeer beherr-

schende Staatsmacht wie später das Römische Reich wird Griechenland aufgrund seiner Expansion nie. Griechen werden vor allem Siedler, manchmal kleine Händler. Ihr Herkunftsland kann bei nicht wachsender Produktivität die wachsende Bevölkerung nicht mehr ernähren.

Um ca. 800 v.Z. berichtet Homer von solchen Kriegszügen in der Ilias und Odyssee. An ihrer Spitze stehen Heerführer und Könige. Gepriesen werden einzelkämpferischen Taten, das Ehr- und Eroberungsheldentum. Die Heerführer und Könige sind im Besitz von Waffen, haben stark geschützte Palastbauten (in Mykene, Tyrins und Sparta) und können sich im Leben und im Sterben Goldbecher, Totenmasken und Hofsänger leisten. Der Reichtum ihrer Gemeinwesen stammt aber ohne Zweifel aus den Einkünften landwirtschaftlicher Produkti-



Griechenland wurde besiedelt von den Völkern des Mittelmeeres und besiedelte seinerseits dessen Inseln und Küsten vom 13. bis 5. Jahrhundert v.Z.

on. Die soziale Spaltung in mehr oder weniger großen Landbesitz, in eine mehr oder weniger von Arbeit belastete Gesellschaft hält sich noch in Grenzen. Telemachos, Sohn des Helden Odysseus, tanzt bei dessen Rückkehr vor Freude noch gemeinsam mit den Schweinehirten und die Prinzessin Nausika wäscht noch eigenhändig ihre Wäsche.

#### Geschichte macht Gesetze

Durch Expansion allein können die Bevölkerungsprobleme auf Dauer nicht gelöst werden. Der Landmangel verschärft die inneren sozialen Konflikte innerhalb der Gesellschaft zwischen einer inzwischen herangereiften adligen Oligarchie und verarmten Bauern, sowie zwischen den zahlreichen griechischen Stämmen und Regionen. Ab Mitte des 7. Jahrhunderts gibt es deshalb neben vielen kriegerischen Auseinandersetzungen auch eine Reihe von Versuchen, durch wirtschaftliche, steuerpolitische und verfassungsrechtliche Maßnahmen Probleme zu lösen.

Großgrundbesitzer haben erhebliche Teile der Bauern von ihrem Land vertrieben, Kriege, Seuchen und Katastrophen taten ein übriges. Bei zunehmender Geldwirtschaft haben sich die Bauern verschuldet und sind verarmt. Sie erhalten Ländereien nur noch zur Pacht, geraten in leibeigene Abhängigkeit (so die Heloten in Sparta), verdingen sich als saisonale Arbeitskräfte und enden schließlich durch Personenverkauf (besonders bei Kindern) in der Sklaverei. Reiche Haushalte hingegen können sich für ihre alltäglichen Dienste in zunehmendem Maße Sklaven und Sklavinnen leisten.

Einzelne entschlossene Persönlichkeiten – von der herrschenden Oligarchie verständlicher Weise als „Tyrannen“ bezeichnet – beginnen in dieser Situation mit einem systematischen sozialen Umbruch. Sie entmachten durch Okkupation und Gesetzesregelungen die bisherigen Adligen und Könige, entschulden die Bauern, richten neue gesellschaftliche Klassen ein, schaffen verbindliche „bürgerlich demokratische“ Rechte – erstmals auch schriftlich fixiert – und setzen auf Zeit gewählte Archonten (Beamte) als oberste Staatsführer ein. Die bekanntesten unter ihnen sind **Drakon** (624 v.Z.), **Solon** (594 v.Z.) und ein gutes Jahrhundert später (509-507 v.Z.) **Kleisthenes**, alle drei wirken sie in Athen.

Folgende gesetzliche Regelungen sind für ihr Vorgehen typisch:

1. Allen Bauern werden die Grundschulden (Schulden auf ihrem Land) erlassen und persönliche Abhängigkeiten werden aufgehoben. Landbesitz darf eine bestimmte Größenordnung nicht überschreiten.

2. Alle grundbesitzenden Bürger werden je nach Mindestbodenertrag in vier Klassen eingeteilt:

- die Pentakosiomedimnen, die wie ihr Name sagt, über 500 Scheffel Getreide erzeugen,



*Immer wieder beliebt: das klassische Griechenland. Genossen auf der Insel Samos, 1988. Hier baute der „Tyrann“ Polykrates im 6. Jahrhundert eines der sieben Weltwunder, den Heraion-Tempel, die erste Untertunnelung für eine Wasserleitung, und entschuldete die Bauern.*

- die Hippeis, die es auf 300–500 Scheffel Getreide bringen,
- die Zeugiten, die – daher ihr Name – ein Gespann besitzen und im Heer dienen,
- und die Theten, die besitzlos sind.

3. Sämtliche Männer aus diesen vier Klassen sind Mitglieder in der Volksversammlung. Dort wählen sie aus den ersten drei Klassen den Rat der Vierhundert (später der Fünfhundert), sowie die Schatzmeister und Archonten aus der ersten Klasse.

4. Sie haben das Recht, Klage zu führen. Sie sind persönlich freie Bürger, „individuell“, nicht mehr familienbezogen.

Unter Kleisthenes werden die Vorrechte des alten Adels noch einmal auf geografische Art beschränkt. Attikas Gebiet wird in 10 Phylen mit je 50 gewählten Mitgliedern für den Rat der Fünfhundert in Athen eingeteilt, gleichzeitig besteht jede Phyle zu je einem Drittel (Tritty) aus den drei bisher miteinander konkurrierenden Bereichen Küste, Inneres und Stadt. Bei der Wahl ermittelt man durch das Los. Jeder Bürger hat somit die gleiche Zufallschance. Gegen unliebsame Bürger – die alte oder auch neue private Machtansprüche durchzusetzen versuchen – wird ein sogenanntes Scherbengericht eingeführt. Per Abstimmung kann man seines Amtes enthoben und verbannt werden. Dies trifft zwar auch den Kleisthenes selbst – auf Veranlassung der alten Adelsgeschlechter –, aber das Volk holt ihn auch wieder zurück.

Wohl ändert das neue Rechtswesen nichts daran, dass Besitz an Land und Erträge aus landwirtschaftlicher Produktion die Grundlage für die bürgerlichen Rechte bildet, so ist doch neu, dass dies personenbezogen individuell gesichert und einklagbar ist. Die Anzahl der freien Bürger, die mitbestimmen können – selbst oder gerade wenn sie finanziell ei-

ne schwache Position haben sollten – ist erheblich gestiegen.

Vorteile von diesen Reformen haben auch die städtischen Handwerker, bei denen die schlecht ausgebildeten saisonal Arbeitenden mehr und mehr durch qualifizierte Spezialisten ersetzt werden können. Außerdem fördern die Tyrannen – sicher auch aus eigenem repräsentativen Interesse – das Bauwesen: Straßen, öffentliche Gebäude, Tempel und deren Zubehör an Säulen, Stelen und Statuen heben den Bedarf an handwerklichen und künstlerischen Tätigkeiten.

Nicht zufällig setzen sich Tyrannen mit solchen und ähnlichen Reformen zuerst und vor allem in kleinen Handels- und Küstenstädten durch, so in Korinth, Delphi, Epidauros, Milet, Ephesos, Samos, Naxos und auch außerhalb des griechischen Kernlandes in Sizilien. Ihre Handelsbeziehungen haben sich ausgeweitet, das monetäre Geldwesen hat zugenommen, auch Kaufleute haben Interesse am wachsenden Wohlstand, freien Bürgern und ihren abgesicherten Rechten.

Natürlich bleiben große Teile der Gesellschaft – die Sklaven oder von der Sklaverei Freigelassene – von diesen Reformen völlig verschont! Im Gegenteil: weil Bürger des Landes nicht mehr versklavt werden dürfen, viele neue Bürger aber jetzt so wohlhabend sind, dass auch sie sich HaussklavInnen leisten können, nimmt die Anzahl der Sklaven eher zu, das wird jetzt über Fremdkäufe und neue Handelsbeziehungen geregelt.

Auch wenn in den meisten Fällen in den darauffolgenden Jahrzehnten die Tyrannen gestürzt werden, so bewirken ihre Reformen doch die Fortentwicklung der griechischen polis (Stadt), allerdings folgen auch heftige neue Klassenauseinandersetzungen und Kriege miteinander konkurrierender Städte. Auf jeden Fall haben diese Vorgänge einen dauerhaften

ideologischen Erfolg zu verzeichnen. Die in Europa so viel zitierte und über alle Maßen gepriesene „Geburt der Demokratie“ – hier in Griechenland hat sie ihren Ursprung. Der „Freie (besitzende) Bürger“, das Individuum, erhält grundsätzlich unveräußerliche Rechte, wie es andere Gesellschaften zu derselben Zeit im Mittelmeerraum und anderswo nicht aufweisen können.

### Klassen, Stände, Status

Anders als bei der Beurteilung der Wirtschaft Ägyptens sind sich die meisten Wissenschaftler darüber einig, dass in Griechenland auf jeden Fall die Existenz von Sklaven unbestreitbar ist. Sklaven sind auf Grund archäologischer Funde, künstlerischer Darstellung und schriftlicher Fixierung ein nicht zu leugnender Bestandteil einer nach Klassen geordneten Gesellschaft. Uneinig ist man sich jedoch über den mehr oder weniger hohen Anteil, den die Sklaven z. B. innerhalb Griechenlands bilden. Ebenso uneinig ist man sich in wissenschaftlichen Kreisen, welche grundsätzliche wirtschaftliche und politische Rolle den Sklaven in der Antike zugedacht werden muss. Weil letztere Frage für die Beurteilung von Wirtschaft, Politik, Steuer- und Rechtswesen interessant und wichtig ist, soll kurz darauf eingegangen werden.

Viele Geschichts- und Wirtschaftswissenschaftler lehnen den von linker, marxistischer Seite geprägten Begriff einer reinen „Sklavenhaltergesellschaft“ und den der Klassengesellschaft rigoros ab. Oft nur, indem sie das Problem der Sklaverei mehr oder weniger umgehen und gesellschaftliche Strukturen nicht neu definieren. Nicht so der Historiker für Alte Geschichte aus Cambridge, Moses I. Finley, in seiner Schrift „Die antike Wirtschaft“, die sehr positiv an die Vorgehensweise von Pierre Bourdieu erinnert. Ich möchte einige seiner Ausführungen hier zitieren. Er versucht – um einer differenzierten Betrachtungsweise gerecht zu werden – den alten Begriff der **Klasse** durch den des **Status** zu ersetzen.

S. 65: *Es sieht alles so einfach aus: ein Sklave ist Eigentum, ist den Regeln des Eigentums unterworfen und wird als solches behandelt in Hinsicht auf Verkauf, Vermietung, Diebstahl, natürlichen Zuwachs usw. Der Schweinehirt, Lieblingsklave des Odysseus, war Eigentum; ebenso war es Pasion, der das größte Bankunternehmen Athens im 4. Jhd. v.Z. leitete...; Eigentum war auch jeder Sklave, der in den berühmten spanischen*

*Silberminen arbeitete...; ebenso der stoische Philosoph Epiktet... Das gibt zu denken...*

*Sklaven flohen, wurden geschlagen und gebrandmarkt, aber auch Tiere wurden so behandelt; für Schaden, den sowohl Sklaven wie Tiere anderen Personen oder anderem Besitz zufügten, wurden ihre Eigentümer verantwortlich gemacht. Sklaven (waren) in den Augen der Götter zumindest insofern menschliche Wesen, als ihre Tötung eine gewisse Form der Reinigung verlangte und sie selbst an rituellen Handlungen wie der Taufe (ab Beginn des Christentums) teilnahmen. Dieser nicht zu übersehende zweifache Aspekt des Sklaven, dass er beides war, nämlich Person und Eigentum, brachte Widersprüche mit sich...*

S. 210: *„Es ist meiner Ansicht nach wesentlich, dem Gespenst von der Produktionsweise mit Sklaven als dem Markenzeichen der antiken Wirtschaft ein für allemal den Garaus zu machen. Zunächst ist zu sagen, dass weite Bereiche (in Zeit und Raum) der griechisch-römischen*

*Sinne des Wortes Sklaven oder Leibeigene genannt werden konnten.“*

S. 23 *Die griechisch-römische Welt hingegen war im wesentlichen ganz auf Privateigentum aufgebaut, das von ein paar Hektar Landbesitz bis zu den riesigen Domänen römischer Senatoren und Kaiser reichen konnte; sie war eine Welt des privaten Handels, der privaten gewerblichen Wirtschaft.*

S. 51: *In bezug auf seinen Reichtum war Trimalchio (ein Sklave) den Senatoren gleichgestellt, ebenso in seiner „Klassenzugehörigkeit“ im marxistischen Sinne und sogar in seinem Lebensstil, sofern wir nur seinen erlesenen Luxus in Betracht ziehen... Nicht gleichgestellt war er aber, wenn wir weitergehende Betrachtungen anstellen, etwa über die Tätigkeiten, von denen er als Freigelassener durch Gesetz ausgeschlossen war; oder die gesellschaftlichen Kreise, von denen er ebenfalls durch Gesetz ausgeschlossen wurde in die einzudringen er sich nicht die geringste Mühe gab...*

*Für solche Unterschiede eben schlage ich vor, das Wort „Status“ zu verwenden, ein bemerkenswert unbestimmtes Wort mit beträchtlicher psychologischer Nebenbedeutung...*

### Abgaben – aber freiwillig

Nur selten wurden die Griechen in ihren Gemeinwesen zu regelmäßigen Abgaben herangezogen. Es gab auch keine zentralen Staatskassen. Viele Ausgaben liefen überhaupt nicht über offizielle oder staatliche Finanzen, sondern waren eine Sache von einzelnen Bürgern und Bürgergruppen. Gewinne aus landwirtschaftlicher und handwerklicher Produktion und aus Handelsbeziehungen kamen dem Gemeinwesen zugute, ebenso Beute und

fremde Staatsschätze. Wohl wurden in wachsendem Maße die Ländereien und erwirtschafteten Reichtümer von königlichen Familien und adligen Grundbesitzern angeeignet. Aber diese finanzierten andererseits auch notwendige größere Projekte, wie kriegerische Unternehmungen, den Bau religiöser Stätten, ihre Kulte und Festlichkeiten. Es gehörte zum freien Bürger, dass er keine „direkten“, regelmäßigen Steuern zahlte!

Finley, S. 108: *Der Zehnte oder eine andere Form der direkten Besteuerung des Bodens war nach Aussage der Griechen ein Merkmal der Gewaltherrschaft. Diese Ansicht war so tief verwurzelt, dass sie, im Unterschied zu dem in anderen Gesellschaften durchaus üblichen Vorgehen,*



**Die Silberminen von Laurion bei Athen haben im Krieg Griechenlands gegen Persien erheblich zum Erfolg beigetragen. Hier mussten vor allem Sklaven die schwere Arbeit im Bergwerk leisten.**

*Welt niemals Sklavenarbeit in erwähnenswertem Ausmaß in der Produktion einsetzten. Das ist heute für die archaische Zeit deutlich geworden, sei es in Griechenland oder in Rom... Im Osten... scheinen die verhältnismäßig wenigen wirklich griechischen poleis... im häuslichen Bereich und im Verwaltungsdienst sowie in gewissem Ausmaß auch in der Produktion eine große Zahl von Sklaven beschäftigt zu haben, während das Land blieb, was es für Jahrtausende war, nämlich das Reservat entweder für unabhängige Kleinbauern oder; was von größerer Bedeutung war, für unterschiedliche Formen abhängiger Arbeit, bei denen die Arbeitskräfte zwar de facto schollengebunden waren, aber nicht im eigentlichen*

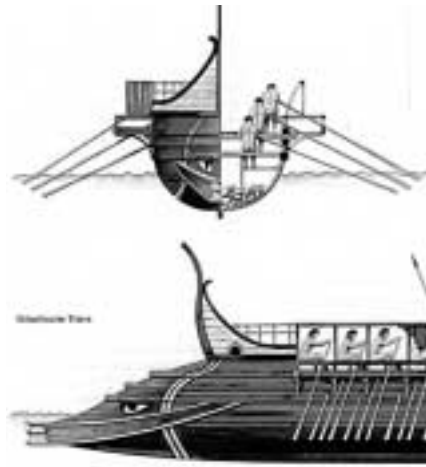
eine Notabgabe im Kriege wie die athenische „*eisphora*“ niemals zu einer Dauermaßnahme werden ließen.

Die Tyrannis machte den Versuch, den neuen bürgerlichen Klassen zentrale, regelmäßige **Ertragssteuern** abzunehmen, den Zehnten oder Zwanzigsten. Von den regelmäßigen Einnahmen finanzierten sie eine Reihe von neuartigen Bauvorhaben (Straßen, Tempel, Brunnen und Wasserleitungen), die an Art und Monumentalität alles bisherige in den Schatten stellte. Sie konnten zusätzliche Söldner anschaffen und vielleicht einige Bürger vom Heeresdienst entlasten. Während ihre bürgerlich-demokratischen Maßnahmen durchaus längeren Bestand hatten, verschwand diese organisierte Form regelmäßiger Abgaben aber mit der Tyrannis selbst.

Nach ihrem Verschwinden regelten Adlige und Bürgerschaft in ihrer jeweiligen überschaubaren Polis die öffentlichen Dinge wieder wie zuvor. Die öffentlichen Ausgaben für Gerichte, Marktaufsicht, Ausbau der Stadt, kriegerische Auseinandersetzungen und auswärtige Beziehungen wurden von Fall zu Fall über freiwillige **Spenden, Abgaben** und (prozentuale) **Umlagen** bezahlt. Die Verwaltung kostete in diesen Zeiten wenig, es gab keine öffentliche Erziehung, vielleicht ein bisschen Personal für Straßenreinigung oder für Schreiber. Vermutlich waren für diese Dienste einige Sklaven im Besitz einer Stadt. Ämter waren Ehrenämter und wurden unentgeltlich von denen wahrgenommen, die durch großen Landbesitz nicht selbst zur Arbeit gezwungen waren.

Reichtum war notwendig und war gut, er war eine unerlässliche Voraussetzung für angenehmes Leben, dazu gehörte aber auch die Vorstellung „reich auftreten zu können“. Odysseus sagte zu dem König Alkinoos, dass er ein Jahr warten würde mit seiner Abreise, bis er die vielen benötigten Geschenke beisammen hatte, weil „es viel vorteilhafter wäre, wenn ich mit vollerer Hand in das eigene Vaterland gelange; ehrwürdiger und lieber wäre ich dann allen Männern“.

Finley, S. 38: „Denn zu einem freien Mann“, schrieb Aristoteles in seiner Rhetorik, „gehört, dass er sich nicht unter der Beschränkung durch einen anderen lebt.“ Aus dem Zusammenhang der Stelle wird klar, dass seine Auffassung von einem Leben unter Beschränkung sich nicht ausschließlich auf Sklaven bezog, sondern sich auch auf Lohnarbeit erstreckte und auf andere Leute, die wirtschaftlich anhängig waren... ein *plousios* (ein Reicher) war jemand, der reich genug war, um von seinem Einkommen anständig zu leben..., ein *penes* (ein „Armer“) war das nicht. Letzterer musste nicht mittellos oder gar im wahrsten Sinne arm sein: Er konnte einen Hof besitzen oder Sklaven, und er konnte ein paar hundert Drachmen im Sparstrumpf haben, aber er war gezwungen, sich ständig seinen Lebensunterhalt zu verdienen.



**Griechische Triere. Sie wurde von den wohlhabenden Bürgern Athens finanziert.**

Dass es bei der Planung von Projekten und der Aufstellung dazu notwendiger Abgaben an das Gemeinwesen nicht nur Einigkeit, sondern auch Widerspruch und Streit gegeben hat, versteht sich von selbst. Sicher konnten viele Ansprüche in den Gemeinwesen nicht befriedigt werden und kamen auch gar nicht erst auf. Es gab aber auch den ehrgeizigen Wettstreit unter den Familien, sich als besonders großzügig darzustellen. Und schließlich waren es dieselben Adligen und Bürger, die in Rat und Versammlung Beschlüsse für Umlagen und Ausgaben fassten, die davon auch im weitesten Sinne profitierten. Manchmal übertrafen Einnahmen einer bestimmten Polis ihre Ausgaben. Dann wurden Überschüsse an die Bürger verteilt, es darf aber nicht so verstanden werden, dass es sich dabei vor allem um Arme handelte. Man findet beim freien griechischen Bürger keinerlei Verständnis für allgemeine soziale Hilfsbereitschaft vor. Arm oder reich zu sein ist Schicksal, Glück und Wirken der Götter. Sicher gab es eine gewisse soziale Wohltätigkeit, vor allem in der eigenen Familie, aber normalerweise ...

Finley, S. 36f: „...richtete sich die Großzügigkeit auf die Gemeinschaft, nicht auf die Bedürftigen, seien es Einzelne oder Gruppen... Die wirklich Armen fanden wenig Wohlwollen und kein Mitleid während der ganzen Antike... „Wer gegeben hat, dem gibt man, nicht aber dem, der nicht gegeben hat,“ sagte der Dichter Hesiod im 7. Jahrhundert.

#### Vor allem eine Flotte

Im 5. Jahrhundert wurden die griechischen Stadtstaaten und Territorien, allen voran Athen wegen ihrer wichtigen geografischen Lage in der Ägäis und gegenüber Kleinasien, vom expandierenden persischen Reich bedroht. Athen hatte bereits seit einiger Zeit seinen Hafen befestigt und zahlreiche Schiffe gebaut. Dazu waren die freien und wohlhabenden Bürger in sogenannte **Naukratien** eingeteilt worden. Diese Gruppen hatten gemeinsam für den Bau, die Ausrüstung und den Erhalt von je einem Schiff auf-

zukommen, durften es aber auch dementsprechend befehligen. Solche Schiffe, mit drei Ruderbänken ausgestattet und mit einer Besatzung von 170 Mann (meist Sklaven, bald aber auch zusätzliche lohnempfangende besitzlose Theten), erforderten schon einen gewissen gehobenen athenischen Reichtum. Zusätzlich bezog Athen neuerdings regelmäßig **Einfuhrzölle**, die allerdings meistens von ausländischen Händlern aufgebracht wurden. Auch **Verkaufssteuern** auf Waren und **Gerichtsgebühren**, sowie **Strafen** wurden eingeführt.

Aber niemals hätte Athen es auf dieser bisherigen Finanzbasis schaffen können, in den folgenden harten Kämpfen gegen das gut ausgerüstete persische Landheer (zwischen 60.000 und 200.000 Soldaten) und die – übrigens von den Phöniziern geführte – gewaltige persische Flotte (von annähernd 600 Schiffen) aufzutreten und zu siegen. Neuentdeckte **Silberminen** in Laurion retteten die Situation. Bereits zuvor hatte Athen diese der Stadt gehörenden Minen von Zeit zu Zeit zur privaten Ausbeutung an alle Bürger vergeben, was ihnen beim geringen Stand der Produktivität aber kaum hohe Gewinne einbrachte, es sei denn sie schickten eine größere Menge Sklaven dorthin. Jetzt, nachdem auch das Münzwesen sich allgemein durchgesetzt hatte, wurden diese Bergwerke zu einer „Goldgrube“ und zur Grundlage für die Finanzierung der athenischen Flotte. Anstatt die überschüssigen Einnahmen wie bisher an die Bürger zu verteilen, erwirkte Themistokles vom Rat der Stadt den Beschluss, eine Flotte mit 180 Trieren zu bauen. Die zahlungspflichtigen Bürger der nun so genannten **Trierien** hatten nur noch für die Ausrüstung zu sorgen.

Nach schweren Kämpfen – bei denen sich übrigens von 31 griechischen Staaten nur eine Handvoll (vor allem Athen und das „todesmutige, tapfere“ Sparta) beteiligt hatten –, durch taktisch kluge Manöver und einer guten Portion Glück wurde bei Plataä ein letzter, endgültiger Sieg über den persischen Feldherrn Mardonius errungen. Eine immense **Kriegsbeute** floss in griechische Kassen und sicherte für ca. 50 Jahre Athens Vormachtstellung in der Ägäis. Die wollte Athen nun auch gegen eine Reihe von mit ihr verbündeten griechischen Städten ausüben. Der zu diesem Zwecke gegründete Delische Seebund richtete erstmalig eine gemeinsame, zentrale „griechische“ Kasse ein. Im Streit um den Ort, an dem sie aufgehoben werden sollte, raubte Athen sie ganz einfach von der Insel Delos. Es folgten lange erbitterte Kämpfe um Finanzen, Vorrechte, Seerechte und Münzrechte und endete gegen 404 v.Z. mit einer Art Selbstvernichtung Athens.

In die Geschichte ist diese Epoche vor allem wegen ihrer unvergleichlichen philosophischen und kulturellen Höchstleistungen eingegangen – sei es in der Baukunst, der Vasenmalerei, der Musik, der



Dichtung oder Philosophie. Mehrmals hat das „klassische Griechenland“ eine gewaltige Wirkung auf die geistige Entwicklung und die Kulturen anderer Völker, auch auf die Europas, ausgeübt: im Hellenismus, im Römischen Reich, in der mittelalterlichen Renaissance und zu Beginn der Neuzeit. Von einem großen zentralen Staatsgefüge, von einer politischen Weltherrschaft, ist Griechenland verschont geblieben.

Auch die **Liturgien**, die so beschriebenen freiwilligen öffentlichen Leistungen, sind bis heute hin eine allerdings nur „steuerliche“ Besonderheit Griechenlands, bzw. vor allem Athens, geblieben. Von ihr haben sich ihre Bürger nicht lösen wollen – trotz Kriegsbeute und Delischer Zentralkasse. Schiffe und Ruderer mussten weiterhin bezahlt werden, man hatte Schiffswerften zu bauen, Söldner für das Landheer wurden gebraucht, eine gewisse Versorgung für „bürgerliche“ Kriegswaisen war nötig, neue gleichberechtigte Mitglieder im Rat, die aber nicht ehrenamtlich mitarbeiten konnten, erhielten Diäten, der Beamtenapparat blühte sich auf, eine Polizei wurde organisiert, die vielen repräsentativen Siegesfeiern und diplomatischen Festlichkeiten, Tragödien, Fackelzüge und olympischen Spiele mussten organisiert werden und last not least wurden die Tempel der Akropolis in Athen gebaut. Die Ansprüche stiegen, die Ausgaben stiegen, der Aufwand stieg. Die Hälfte der Ausgaben scheinen immer noch von den „freiwilligen“ Beiträgen, den Liturgien der freien Bürger, bestritten worden zu sein. Für die andere Hälfte wurden von den unterworfenen – auch griechischen – Völkern Tribute eingefordert, die Ein- und Ausfuhrzölle verdoppelt (von 1 auf 2 %), ebenfalls die **Beiträge der Bundesgenossen**; Zölle für den Transport zum Bosphorus wurden jetzt mit 10 % besteuert, erhöht wurden die Einnahmen aus dem Gerichtswesen. 431 v.Z. griff Athen wegen des Peloponnesischen Krieges entgegen aller Gewohnheit zu einer Umlagenbesteuerung von 2-3 % vom Vermögen. Steuerpächter zogen die Steuern ein. Die Liturgien wurden auf die Ausrichtung von Festen und den Erhalt der Flotte beschränkt. Nach der Niederlage in diesem Krieg waren die Reserven verbraucht, die Einnahmen gingen zurück, die Trierarchie wurde fast eine regelmäßige Steuer. Aus den folgenden Jahrzehnten sind zwei Finanzreformen überliefert. Wer meinte, weniger Vermögen zu haben und zu weniger Liturgie verpflichtet zu sein, konnte auf Vermögenstausch klagen. Viele Beschwerden sind überliefert. Es sank die Bereitschaft für diese Einrichtung zu zahlen. Man nutzte ihn lieber für privaten Luxus.

Das alte überschaubare griechische Gemeinwesen war zugrunde gegangen, Griechenland wurde ein Teil jenes Römischen Reiches, das uns ein grundlegend anderes Steuerwesen beschert hat.

Edda Lechner

# Zwischen kritischem (Sur)realismus und politischer Satire

Eine Holzfigur auf einer Verkehrsinsel und Aufmärsche bei Nacht, ein Güterwaggon mit Passagieren an der Küste; was macht Genscher in Picassos Guernica?

Die Bilder sind Teil einer zur Zeit in Elmsborn laufenden Ausstellung des Autors und aus bzw. während politischer Auseinandersetzungen der letzten Zeit entstanden. Ein Versuch, Bilder, die sich die politische Praxis aufdrängen, produktiv zu verarbeiten. Die den Werken zugrunde liegenden Ideen sollen hier näher erläutert werden.

## „Elmsborner Verkehrsprobleme“

(Acryl und Flexodruckleuchtfarbe auf Hartfaserplatte, 90 x 120)

Zu sehen ist die Elmsborner Innenstadt bei Nacht. Die genehmigte Demonstration und damit der Aufmarsch der Neonazis Anfang des Jahres (rechts im Bild) soll damit in Verbindung mit ihren nächtli-

chen Angriffen auf das Haus der Bürgermeisterin, Dr. Brigitte Fronzek, sowie auf Uwe Zabel, Gewerkschaftssekretär der IG Metall, in Verbindung gebracht werden. Die IG Metall Verwaltungsstelle mit der eingeschlagenen Scheibe ist hier in an den Anfang der Fußgängerzone verlegt worden (in der Mitte links). Darunter marschieren eine SS-Formation. Entnommen von einem Plakat, mit dem die Scheiben des Gewerkschaftsbüros beklebt wurden. Die beiden Aufmärsche sollen schablonenhaft wirken und steuern auf eine Verkehrsinsel zu. In der Mitte steht eine Holzfigur die sich die Hand vor Augen hält. Sie drückt mit der weißen Scherbe und der Aufschrift „Landrat“ die Weigerungshaltung des Leiters der Kreisordnungsbehörde, auch nur eine Verbotsbegründung gegen den Naziaufmarsch zu prüfen, aus. Seine Argumente sind statisch wie die Figur. Umrahmt





wird diese von Verkehrsschildern. Das Verbotsschild weist auf den Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums von 1987 hin, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, die Nutzung städtische Räume für faschistische Organisationen zu verbieten. Im Vordergrund, mit leuchtenden Farben steht das Plakat, von dem nach massiver Zerstörung 500 Stück in einer Mitmachaktion von vielen Elmshorner Einwohnern in der

Innenstadt gemeinsam wieder aufgestellt werden. Damit wird die eigene antifaschistische („Verkehrs“-)Ordnung wieder hergestellt. Das Zeichen der VVN als Verkehrsschild soll diese als öffentlich anerkannte allerdings in der Nacht und durch den Landrat außer Kraft gesetzte Ordnung unterstreichen. Dennoch sind diese „Regeln“ fest verankert in der Verkehrsinsel. Der Landrat steht auf einem Sockel und kann beiseite geräumt werden. Der Betrachter ist mit der Szene konfrontiert. Sie bewegt sich auf ihn zu. Er soll Stellung beziehen, wie es im Kommentar des Wochenblattes „Der Blickpunkt“ heißt: „Gegen diese Bedrohung kann es keine neutrale Position geben – wer schweigt stimmt zu.“

#### „Entschädigen sie jetzt – Herr Driftmann“

(Öl auf Hartfaserplatte, 75 x 100)

Das Panorama lieferte ein Photo, aufgenommen auf der Nordseeinsel Amrum. Am Horizont vor dem grünlich dunklen Himmel am Bildrand die Umrisse des Elmshorner Unternehmens „Köln-Floeken“ mit dem Firmenemblem. Es wird von einem Lichtstrahl, dessen Quelle links oben vermutet werden kann, angestrahlt. Das Licht trifft auf die See und beleuchtet einen Güterwaggon, der von rechts in die Bildmitte fährt. Mit der Aufschrift „Entschädigung jetzt“ und den Menschen auf der Plattform werden die Entschädigungsansprüche ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter verbildlicht. Der Waggon wird an dem schwarzen Metallzaun und der überdimensionalen Straßenlaterne, die wie ein Galgen wirkt, und auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Geschä-



digten hinweist, vorbei ins Licht fahren. Das Bild wurde um die Jahreswende 98/99 gemalt. Zu diesem Zeitpunkt gab es im Elmshorner Stadtverordnetenkollegium eine Auseinandersetzung über Textformulierungen auf Hinweistafeln zur Zwangsarbeit, bei der das Unternehmen seinen Einfluß geltend machte, damit dort keine Firmen genannt wurden. Die Bildidee ist in Anlehnung an das „Floß der Medusa“ des französischen Malers Theodore Gericault (1818-1819) entstanden. Die dort im Vordergrund auf dem Floß mit dem Überleben kämpfenden Schiffsbrüchigen des französischen Kriegsschiffes „Medusa“ können sich gegenüber dem am Horizont auftauchenden vielleicht Rettung bringenden Passagierschiff nicht bemerkbar machen. Hier ist es umgedreht. Die Anspruchsberechtigten befinden sich auf dem sicheren Festland und dem Unternehmen „steht das Wasser bis zum Hals“. Im Begleitheft zur Ausstellung heißt es: „Also Herr Driftmann, entschädigen Sie jetzt. Das Licht der Öffentlichkeit ist auf Sie gerichtet.“



#### Genschers Guernica

(Acryl auf Hartfaserplatte, 80 x 120)

In dieser Interpretation von Picassos Guernica wird mit der Person Genschers die deutsche Anerkennungspolitik gegenüber Kroatien und Slowenien Anfang der 90er-Jahre als Kriegsauslöser in den Mittelpunkt gerückt. Im Original schießt eine fahlweiße Nike, auch schon als Kriegsfurie bezeichnet, mit einer Öllampe in den Raum. Hier ist es Genschers, der dem unter der Kriegslast zerbrechenden Gaul, und damit die jugoslawische Republik mit der Fackel die Mähne anzündet. Anstatt der Zimmerlampe bei Picasso trifft hier der NATO-Stern

und schlägt eine tiefe Wunde in das Hinterteil des Pferdes. Der Stier ist entgegen dem Vorbild umgedreht und mit den Hörnern aus den Buchstaben der Europäischen Union ebenfalls als Kriegspartei gegen die jugoslawische Republik gesetzt. Der tönende Krieger, zerbrochen am Boden, gilt als Symbol für die jugoslawische Volksfront, die schon zu diesem Zeitpunkt mehr Denkmal als Bewegung war. Entgegen dem Original ballt der Krieger noch bis zu letzt die Faust. Die drei Frauen, links noch das tote Kind beschützend, mitte rechts unerschrocken zum Kriegsort eilend, und rechts in den Flammen noch die Ungerechtigkeit herausschreiend, sind vom Original so übernommen. Die Figuren sind gegenüber der Vorlage vereinfacht und mit weißer Farbe auf schwarzen Grund aufgebracht. Die Konturen des Raumes, in der die Szene stattfindet, sind durch leichte Braun- und Grautöne angedeutet und setzten gegenüber den Figuren Schatten. rua

Zu der Ausstellung liegt ein Begleitheft mit weiteren Erläuterungen aus. Dieses Begleitheft ist gegen 3 DM in Briefmarken bei GNN Hamburg erhältlich.

## Europäischer Aufruf zu den globalen Aktionstagen gegen IWF und Weltbank im September in Prag (Auszug)

Im Bewusstsein der Tatsache, dass eine neue Form des Widerstandes gegen das Kapital Gestalt annimmt, rufen wir europäische Menschen, Bewegungen und Organisationen auf, sich an der Kampagne gegen den IWF und Weltbankgipfel in Prag vom 21. bis 28. September zu beteiligen und den globalen Aktionstag am 26. September zu unterstützen.

Ungefähr 20.000 VertreterInnen des Kapitals werden im September nach Prag kommen, um am 55. Jahreshauptgipfel von IWF und Weltbank teilzunehmen.

Dieses prestigereiche Ereignis wird das erste seiner Art in Zentral- und Osteuropa sein. Die Delegierten werden sich treffen, um ein Schema weiterer Liberalisierung der Weltwirtschaft vorzuschlagen, indem sie neue Kreditprioritäten und Strukturanpassungsbedingungen definieren. Der IWF behauptet, dass eine weitere Liberalisierung der Weltwirtschaft die einzige Lösung für die Probleme der Welt ist. Aber diese werden ganz im Gegenteil dadurch nur vertieft, sind sie doch in erster Linie durch das Kapital verursacht. (...)

Lasst uns als Beispiel die tschechische Republik nehmen – das Land, in dem das Treffen stattfinden wird. 1990 akzeptierte die tschechische Regierung ein Strukturanpassungsprogramm (SAP) und erhielt einen 3,9 Milliarden Dollar Kredit. Von diesem Zeitpunkt an haben alle Regierungen mit größerer oder geringerer Intensität eine Politik der Liberalisierungen, Deregulierungen, Privatisierungen, hohen Zinsen und Kürzungen in den öffentlichen Ausgaben verfolgt – eine Politik, die im Interesse der Konzerne liegt und die den Entwicklungsländern von IWF und Weltbank aufgezwungen wird. Das Resultat ist die zunehmende Verarmung derjenigen, die sowieso schon das Wenigste haben.

In den vergangenen Jahren sind die Einkommen von ArbeiterInnen und BäuerInnen und Bauern in der tschechischen Republik dramatisch gefallen. Der Wert der Sozialleistungen ist seit 1997 um 44% gefallen und um 60% gegenüber dem Bruttosozialprodukt von 1991. Die Leben von Frauen werden härter und härter, da sie unproportional stark von Ausbeutung, Sexismus und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Umwelt leidet darunter, ein Reservoir billiger Rohstoffe für die multinationalen Konzerne zu werden. Der Rassismus gegen die Minderheiten von Sinti und Roma hat zugenommen, da Rassismus üblicherweise die Aufmerksamkeit der Menschen von den eigentlichen Problemen und Feinden ablenkt. (...)

Wir glauben nicht, dass die Globalisierung durch die protektionistische Politik von Nationalstaaten gestoppt werden kann. Wir glauben, dass die Alternative eine Gesellschaft ist, die nicht auf dem Profit von Wenigen sondern auf den Bedürfnissen und Wünschen aller, den Prinzipien der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe und nachhaltigen Lebens basiert, eine Gesellschaft, die alle Formen und Systeme von Diskriminierung, Herrschaft und Unterdrückung zurückweist.

Es ist das kapitalistische System, welches für die heutigen sozialen und ökologischen Desaster verantwortlich ist. Daher ist es notwendig, Proteste zu organisieren, um den IWF und die Weltbank zu stoppen. Denn eine solche Bewegung kann nur durch direkte Aktion, zivilen Ungehorsam und das Praktizieren direkter Basisdemokratie geformt werden. Der Widerstand muss so global wie das Kapital sein – und sehr viel kreativer.

Wir rufen so viele verschiedene Gruppen und Individuen wie möglich auf, diesen Aufruf zu unterstützen und sich für die weltweite Aktion in Prag im September zu organisieren. Es wird eine Aktionswoche vom 21. bis 28. September geben, mit einem globalen Aktionstag am 26. September 2000.

*Wir rufen euch auf, euch an den Protesten in Prag zu beteiligen und Aktionen in euren eigenen Ländern zu organisieren.*

*Lasst uns die Zukunft verändern und eine neue Welt schaffen!*

### Kontakt in der Tschechischen Republik:

prague2000\_cz@hotmail.com <http://inpeg.ecn.cz>

### Kontakt in der BRD (u.a.):

fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften), Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/26 21 19, Fax. 0228/242 03 88, e-Mail: fzs@studis.de

### Virtuelle Vernetzung in der BRD:

Mailingliste: [prag2000-de@egroups.com](mailto:prag2000-de@egroups.com) (Eintragen: leere Mail an [prag2000-de-subscribe@egroups.com](mailto:prag2000-de-subscribe@egroups.com) schicken)

Webseite: <http://go.to/prag-2000> (deutschsprachige Vernetzungsseite)

ADRESSAUFKLEBER

**27. bis 30. Juli, Sondershausen:** *Linke Sommerschule in Sondershausen*, Thüringen. Angeboten werden drei Kurse: Die AG Wirtschaft befasst sich mit der Frage, wie Bund, Länder und Gemeinden die Bereitstellung öffentlicher Güter begründen und finanzieren. Die AG Geschichte behandelt in sechs Blöcken die Kulturrevolution in China. Die AG Philosophie setzt sich kritisch mit verschiedenen Theorien der Gerechtigkeit auseinander. Ausführliche Beschreibung s. PB 13. Anmeldung bei: Christiane Schneider, c/o GNN Hamburg, s. S. 2

**28. Juli, Sondershausen:** *Öffentliche Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung*. Ab 19.00 Uhr, Ort: Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, Sondershausen, Thüringen. TO-Vorschlag: Tätigkeitsbericht; Weitere Arbeit der ArGe, Linke Schule; Wahl des/der Delegierten zum Parteitag; Programmdiskussion der PDS: Zivilisierung der Außenpolitik – ein realistisches politisches Ziel? Oder ist Widerstand gegen die Militarisierung zum Scheitern verurteilt?

**26. August, Köln:** *Tagesseminar: Der Rentendeal – Shareholder Value statt Solidarität?* Anliegen des Seminars, das die AG Alterssicherung des Netzwerkes zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte vorbereitet, ist zweierlei: a) Positionsfindung und Bewertung; Diskussion über Positionen zur Rentendebatte, über Auswirkungen der Rentenpläne und des Rentendiskurses auf die Generationen-Solidarität ...; b) praktische Konsequenzen: Ansätze, die wir aufgreifen können, um ein faires Alterssicherungssystem zu schaffen und das solidarische Umlageverfahren zu verteidigen. Programm: 11.15 Einführungsreferat von Andreas Bachmann, HH, Redaktion Express; 12.00 Uhr Diskussion in Kleingruppen; 14.00 Uhr: Ergebnisse der Kleingruppen – Vorstellung im Plenum; 15.00 Uhr: Praktische Konsequenzen; 16.00 Uhr: Diskussion und Verabschiedung eines Thesenpapiers als Grundlage für Flugblätter, Presseartikel etc. Ende 17.00 Uhr.

Ort: Antoniterkirche (Rückseite), Antoniterstr. 14-16

Das Seminar ist kostenfrei. Anmeldung bis zum 15. August bei Share, Art.Str. 6, 27283 Verden, Tel. (0 42 31) 9 47-5 91, Fax – 9 57-5 94, E-Mail: [sundermann@share-online.de](mailto:sundermann@share-online.de)

### 1. September, bundesweit: Antikriegstag

**1.-3.9. Stockholm:** „The Stockholm Conference for Left and Progressive Movements in Europe“, veranstaltet vom „New European Left Forum“ in Zusammenarbeit mit der Schwedischen Linkspartei und dem linken Solidaritätsforum. Anmeldung (bis 11.8.): Vänsterpartiet, Karin Olsson, Box 12660, 11293 Stockholm, Sweden, e-mail: [karin.olsson@vansterpartiet.se](mailto:karin.olsson@vansterpartiet.se), Tel. 46-8-6540820, Fax 46-8-6532385; aktuelle Informationen: [www.vansterpartiet.se](http://www.vansterpartiet.se)

**6.-8. September, New York:** Im Rahmen des Millenniums-Gipfels der UNO beraten die Staats- und Regierungschefs in vier nicht-öffentlichen Ausschüssen die Frage der UNO-Reform, insbesondere die „Reform“ des Weltsicherheitsrates, in dem die BRD einen ständigen Sitz beansprucht.

**16. September: Politische Ökonomie heute**, 3. Kurstag, Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

**22./23.9.: Halb-Zeit! Zwei Jahre Rot-Grün – Politik braucht Einmischung!** Konferenz und Aktionen des Aktionsbündnisses Aufstehen für eine andere Politik und zahlreicher anderer Organisationen, Diskussion von Zukunftskonzepten, gemeinsame politische Schwerpunkte, mit Demonstrationen, u.a. zusammen mit der Gewerkschaftsjugend. (Nähere Informationen in der nächsten Ausgabe)

**14./15. Oktober, Cottbus:** 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. (Die Delegiertenwahlen für den 7. Parteitag der PDS beginnen mit der Einberufung der 1. Tagung und sind bis zum 17. September 2000 abzuschließen. Der Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist am Freitag, den 1. September 2000, 17.00 Uhr. Leittränke und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens bis Freitag, den 18. August 2000, zu publizieren.)

## Termine

- ab 10.9. Karawane „Geld oder Leben“ von Hannover nach Prag
- 21.-28.9. Aktionswoche in Prag:
- 21.-28.9. Festival „art and resistance“
- 22.-24.9. Gegengipfel
- 24.9. Demonstration gegen IWF/ Weltbank-Gipfel
- 26.9. GLOBAL ACTION DAY
- 26.-28.9. offizieller IWF/ Weltbank-Gipfel